

Nr. 35 – 2025/1

In dieser Ausgabe

Nach der
Bundestagswahl

Rückblick und
Ausblick Bündnis C

Ukraine und Nahost

KCF und ARC Konferenz

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*



**10 Jahre Bündnis C –
Christen für Deutschland**

bündnis C
Christen für Deutschland

www.buendnis-c.de



EINDRUCK das Magazin für Politik von Bündnis C

Nr. 35 – 2025/1

Inhalt

Editorial	4
Bündnis C auf dem Kongress Christlicher Führungskräfte	6
Nach der Bundestagswahl: Wahlversprechen, Schuldenstart und Hoffnung auf Umkehr	8
ECPM-Versammlung: Resolution zur EU-Politik im Nahost-Konflikt.	13
Was ist unser Auftrag?	16
Ich bin dafür.	18
Beten, Beten, Beten!	19
Spendenaufruf.	20
Aus den Landesverbänden	21
Frieden für die Ukraine und Europa	36
Frieden für Syrien?	38
Pressemitteilungen	40
ARC – Eine bessere Geschichte erzählen	42
Infomaterial zum Weitergeben	45
Schlusswort	46
Impressum.	Rücks.

Es grüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Hartmut Voß, Annette König, Andrea Rehwald,
Karin Heepen, Mathias Scheuschner,
Verena Thümmel, Ute Büschkens-Schmidt

(von li. nach re.)



Liebe Mitglieder und Interessenten,
sehr geehrte Damen und Herren,

Es war ein kurzer Wahlkampf, unterbrochen von Weihnachten und Neujahr. **Am 13. Januar beschloss der Bundeswahlausschuss die Anerkennung von Bündnis C – Christen für Deutschland für die Bundestagswahl 2025.** Ich nutzte wie zahlreiche Vertreter anderer Parteien die Gelegenheit, den Bundeswahlausschuss darauf hinzuweisen, dass die Nichtreduzierung der Unterstützerunterschriften bei den verkürzten Fristen eine demokratische Beteiligung der kleineren Parteien aushebelt. Es wäre die Verantwortung des Bundeswahlausschusses gewesen, in den Bundestag eine Änderung des Bundeswahlgesetzes zur Reduzierung der Unterschriften für diese Wahl einzubringen, wie sie 2021 auch während der Corona-Pandemie beschlossen wurde. Ich mahnte auch erneut ein digitales Verfahren für die Unterstützungsunterschriften und für die Bestätigung des Wahlrechts bei den Behörden an, um alle Beteiligten von einem ausufernden Papierkrieg zu entlasten.

Weder unsere schriftliche Intervention an die Bundestagsfraktionen noch der Bundeswahlausschuss halfen. **Am 20. Januar reichte der Landesverband Baden-Württemberg seinen Wahlvorschlag für Bündnis C fristgerecht bei der Landeswahlleiterin ein, zusammen mit über 2 400 Unterstützungsunterschriften.** „Dass wir innerhalb von fünf Wochen seit der Aufstellung unserer Landesliste für die Bundestagswahl mehr als 2 400 Unterstützungsunterschriften bekommen haben, grenzt schon an ein kleines Wunder“, sagt Jürgen Graalfs, Landesvorsitzender von Bündnis C Baden-

Württemberg und Spitzenkandidat für diese Wahl. „Daran zeigen sich einerseits unsere gewachsenen Strukturen und Unterstützer im Land, die jetzt Vollgas gegeben haben, damit wir auf dem Wahlzettel stehen. Auch die Behörden waren bei der Bestätigung des Wahlrechts sehr schnell und kooperativ. Anders wäre es nicht zu schaffen gewesen.“

Damit war Bündnis C zur Bundestagswahl am 23. Februar in Baden-Württemberg wählbar – leider als einzigem Bundesland. Wir danken unseren Wählern in Baden-Württemberg für 11 784 Stimmen (0,2%). Damit hat Bündnis C als einzige von den kleineren Parteien (außer Volt) gegenüber 2021 keine Stimmen eingebracht. **Ein großes Danke an unsere Kandidaten und Unterstützer in Baden-Württemberg, besonders an Jürgen Graalfs als Spitzenkandidat und unseren Direktkandidat Markus Bender für allen Einsatz!** Markus Bender erhielt im Wahlkreis Calw 2021 Stimmen (1,2%), mit dem besten Ergebnis in Egenhausen von 4,44 %. Herzlichen Glückwunsch! Auch den Verbänden in Sachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen danken wir, dass sie Landeslisten aufgestellt und sich auf den Weg gemacht haben, auch wenn die Unterstützerunterschriften am Ende nicht reichten.

Damit war Bündnis C für die Bundestagswahl auch in den bundesweiten Wahlportalen wie Wahl-o-mat, Abgeordnetenwatch und auf anderen Plattformen präsent – und wurde besonders im Wahl-o-mat häufig von Wählern gefunden, die Bündnis C noch nicht kann-

ten. Oft waren sie nicht einmal Christen und fanden dennoch Bündnis C als ihren Gewinner unter den Parteien vor. Wir erhielten zahlreiche Anfragen von Initiativen und Einzelpersonen zu unseren Positionen zu verschiedenen Themen. Und immer wieder wurde die Enttäuschung geäußert, dass wir nicht bundesweit wählbar waren. Diese Kontakte wollen wir nutzen, um neue Interessenten und Mitglieder zu gewinnen.

Mit jeder Wahl scheint die Ratlosigkeit zu wachsen, wen die Bürger wählen sollen. Viele erwarteten von



dieser Bundestagswahl und den anvisierten Koalitionen keine Veränderung der Politik. Sie wurden darin nach der Wahl nicht nur bestätigt, sondern noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen zu Schuldenbremse und Investitionen mit dem Gegenteil konfrontiert zu dem, was Friedrich Merz als angehender Bundeskanzler versprochen hatte. **Sie lesen in diesem Heft eine Zusammenschau des Wahlprogramms der CDU, des Starts mit Milliardenschulden und was für Reformen Deutschland dringend braucht.**

Die dominierenden Themen im Wahlkampf waren Migration, Wirtschaft und der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Alle drei Themen polarisieren das Land quer durch die politischen Lager, die Bevölkerung sowie Ost und West. In Berlin und unter jungen Wählern ist die Linke stärkste Kraft geworden und im Osten Deutschlands die AfD. Leider sind die Christen genauso gespalten und erwarten die Rettung Deutschlands wahlweise von der CDU oder der AfD. Diese Verschiebung des Fokus unseres Auftrags als Christen in der Politik ist auch in Bündnis C teilweise eingedrungen. Sie finden dazu in diesem Heft eine **Stellungnahme des Bundesvorstandes zur Unterscheidung des Geistes und der Quellen, aus denen unsere Politik kommt.**

Angesichts dieser Verwerfungen und um sich greifender Ratlosigkeit riefen junge Christen am Tag vor der Bundestagswahl zum Gebet vor dem Bundestag auf unter der Überschrift: **Nur ein Kreuz rettet Deutschland.** Bereits am 1. Februar war ich als Vertreterin aus der Politik bei einem Netzwerk internationaler Gemeinden zu einer großen Veranstaltung in Berlin eingeladen. Sie alle haben verstanden, dass die Rettung nicht von der Politik kommt, sondern vom Kreuz und der Umkehr unseres Landes zu Gott und seinen Lebensordnungen. Junge Christen stehen auf, beten, wollen nicht dem Niedergang Deutschlands zusehen, sondern Verantwortung für ihr Land übernehmen.

Bündnis C – Christen für Deutschland wird am 28. März 10 Jahre alt. Wir danken allen Mitgliedern und Vorständen, Freunden und Interessenten für ihren Einsatz und die Begleitung, alle Ideen und Initiativen, treue Mitarbeit und Spenden durch diese Zeit! Die PBC wurde Ende 1989 zur Wendezeit gegründet, die AUF-Partei 2008. Sie lesen in diesem Heft einige Beiträge aus den Verbänden mit Rückblick und Ausblick. Wir sind als Parteien durch einen Wachstums- und Reifungsprozess gegangen, von wenigen Themen wie Abtreibung, Familie und Israel zu einer politischen Bandbreite, die wir in den kommenden Jahren brauchen werden. Die Wegmarke, wo wir jetzt stehen, ist

von politischen Krisen und Polarisierung geprägt, wo wir glauben, dass Bündnis C immer mehr gehört werden wird. Gleichzeitig erleben wir die Aufbrüche unter jungen Christen, die die Zeichen der Zeit verstehen, sich nicht mehr zwischen den etablierten Parteien zerreiben lassen, sondern die Hilfe Gottes für Deutschland erbitten. **Es ist Zeit, in Bündnis C die nächste Generation in verantwortliche Positionen zu bringen.** Darauf wird unser Fokus als Vorstand in der nächsten Zeit liegen.

Ermutigend war dafür der Kongress Christlicher Führungskräfte im März in Karlsruhe und die ARC Konferenz im Februar in London, worüber Sie am Anfang und am Ende dieses Hefts lesen. Wo guter Rat teuer ist, Systeme nicht mehr reformierbar sind, der Schmerz über den Niedergang Deutschlands und der westlichen Zivilisation zunimmt, bereiten wir zusammen mit anderen Protagonisten in Politik, Wirtschaft und Kirche Wege aus den Krisen vor. Wo unser Parteiensystem immer dysfunktionaler wird, immer weniger die demokratischen Mehrheiten spiegelt und die Wähler immer aufgebracht werden, bauen wir unser Angebot christlich-innovativer Politik aus. **Wir verankern als einzige Partei in Deutschland unsere politische Arbeit in der Perspektive Gottes auf unsere Gesellschaft.**

Deutschland wird nach dieser Bundestagswahl und den ersten Entscheidungen der Noch-nicht-Regierungskoalition absehbar in tiefere Krisen kommen. Das soll uns keine Angst machen, sondern unseren Blick darüber hinausheben. Wenn der Stolz auf unsere Wirtschaftskraft und unser „Wir schaffen das“ in den Tod gegeben werden, gibt es mit Jesus Christus auch die Hoffnung auf Auferstehung – nicht mehr aus unserer eigenen Kraft, sondern aus der Gnade und Weisheit Gottes. Beten wir, dass Bündnis C in dieser Gnade wächst und wir unseren Auftrag für diese Zeit erfüllen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gesegnete Kar- und Osterzeit!



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Bündnis C auf dem Kongress Christlicher Führungskräfte

Mit einem Stand auf dem diesjährigen Kongress Christlicher Führungskräfte (KCF) in Karlsruhe präsentierte sich Bündnis C und erlebte drei inspirierende Tage voller bereichernder Gespräche und motivierender Begegnungen. Der KCF, der vom 6. bis 8. März 2025 stattfand, gilt als der bedeutendste Wertekongress im deutschsprachigen Raum. Er vereint Christen in Führungspositionen, um generationen- und branchenübergreifend christliche Werte im Berufsalltag zu fördern.

Am Stand von Bündnis C fanden zahlreiche anregende Gespräche statt. Viele Kongressteilnehmer zeigten großes Interesse an den politischen Zielen und Positionen der Partei. Es entstanden tiefgehende Diskussionen über aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und die Rolle von Christen in der Politik. An einem Abend fand sich spontan mit einem Feierabendbier ein Stammtisch um die Messetheke von Bündnis C herum ein mit unseren benachbarten Ausstellern, teilweise auch aus anderen Parteien. Die Gespräche verdeutlichten den großen Bedarf und die Suche nach einer Politik, die von christlichen Werten getragen ist.



Besonders erfreulich war die wachsende Bekanntheit von Bündnis C. Mehr Teilnehmer als bei vorigen Kongressen kannten die Partei bereits. Dies zeigt, dass Bündnis C zunehmend an Bedeutung und Wahrnehmung gewinnt. Viele Besucher hatten Bündnis C vor der Bundestagswahl beim Wahl-o-mat als Gewinner in ihrem Ergebnis und wollten nun persönlich kennenlernen, wen sie gewählt haben.

Der KCF bot uns eine hervorragende Gelegenheit, mit Menschen in Kontakt zu kommen, die Verantwortung in verschiedenen Bereichen tragen und sich für eine werteorientierte Gesellschaft engagieren. Die ermutigenden Rückmeldungen der Kongressteilnehmer bestärken uns in unserem Vorhaben, uns aktiv in die politische Debatte einzubringen. Wir wünschen uns nun, dass sich noch mehr Menschen begeistern lassen und sich aktiv bei Bündnis C engagieren.



Daniel Gräber

Bundes-
geschäftsführer
Bündnis C

Chancen zur Vernetzung nutzen

Nach einer herzlichen abendlichen Einstimmung mit dem Team und unseren Freunden der Sallux ECPM

Foundation konnte ich am nächsten Morgen schnell in gute Gespräche mit Teilnehmern und anderen Standbetreibern eintauchen. Genügend Informationsmaterial war vorhanden, sowohl von Bündnis C als auch am Nachbarstand von Sallux, dem Think-Tank unserer europäischen Partei ECPM.

Für einige Teilnehmer war es die erste Begegnung mit Bündnis C, und ich hoffe, dass sie positiv in Erinnerung bleibt. Andere kannten uns bereits und teilten ihre Gedanken zu unseren politischen Ansichten und ihrer Wahrnehmung der Partei.

Besonders bereichernd fand ich den Austausch mit anderen Ausstellern, die mir wertvollen Input für unsere politische Arbeit gaben. Inspirierende Ideen erhielt ich vom Verein kinderreicher Familien e.V. zur Familienpolitik und von 180° Movement und Seehaus e.V. zur Prävention von Jugendkriminalität. Vertreter von Initiativen gegen Menschenhandel und Prostitution – Themen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen – bestärkten meine Motivation, in diesem Bereich weiter aktiv zu bleiben. Besonders inspirierend waren für mich auch die Gespräche mit christlichen Initiativen von Polizei und Feuerwehr. Die Idee, eine ähnliche Initiative für den Rettungsdienst ins Leben zu rufen, bewegte mein Herz als Notfallsanitäter.

Kontakte zu kreativen christlichen Filmemachern wie 5und2 eröffneten Perspektiven für einen noch professionelleren Social-Media- und TV-Auftritt. Karin Heepen und ich hatten die Gelegenheit, spontan eine großartige Möglichkeit zu nutzen: In einem speziell umgebauten Van für mobile Podcast-Aufnahmen konnten wir eine Stellungnahme zur finanzpoliti-

schen Situation in Deutschland, den angekündigten neuen Milliardenschulden und unserem finanzpolitischen Programm aufnehmen. Das fertige Video war bereits kurz nach dem KCF auf YouTube unter <https://www.youtube.com/watch?v=cNfrePVxjNs> verfügbar.

Neben den fachlichen und politischen Gesprächen gab es viele herzliche Begegnungen mit Freunden und Bekannten, aber auch berührende Zeugnisse von Rednern, die von Gottes Trost und Kraft in Zeiten von Leid und Verlust erzählten. Besonders schön war es zu sehen, wie viele Menschen auch in formeller Kleidung von Herzen in den Lobpreis einstimmten und das Angebot von Gebets- und Segnungszeiten wahrnahmen.

Ich danke Gott für die reichen Segnungen, die diese Konferenz für mich und das gesamte Team mit sich brachte, und fühle mich ermutigt, die gewonnenen Impulse mit in unsere Arbeit zu tragen.



Nach der Bundestagswahl: Wahlversprechen, Schuldenstart und Hoffnung auf Umkehr

Der CDU-Parteitag hatte vor der Bundestagswahl ein Sofortprogramm für Wohlstand und Sicherheit beschlossen, das im Falle einer Regierung unter der Führung der CDU greifen sollte. Stattdessen beschließt Friedrich Merz noch vor Beginn von Koalitionsverhandlungen mit dem alten Bundestag eine gigantisch hohe Staatsverschuldung.

Wir schauen im Folgenden auf die 15 Punkte des Sofortprogramms zu Wettbewerbsfähigkeit und innerer Sicherheit, was aus unserer christlichen Sicht im Wahlprogramm der CDU für einen Politikwechsel fehlt und was wir guten Gewissens befürworten können. Wir rufen die CDU/CSU-Fraktion nach dem Schuldenstart der Noch-nicht-Regierung auf, ihre Politik neu an der christlichen Wirtschafts- und Sozialethik auszurichten, die das Erfolgsprogramm der Christdemokratie begründet hat – in Verantwortung vor Gott und kommenden Generationen unseres Landes.

Nothilfe für die Wirtschaft

Entlastung der Wirtschaft von Vorschriften, Abgaben und Bürokratie – so kann man die ersten 9 Punkte des Sofortprogramms zusammenfassen. Die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte soll die überdurchschnittlichen Energiepreise in Deutschland reduzieren. Die Agrardieselmrückvergütung soll die Landwirte entlasten und die Reduzierung der Umsatzsteuer in Restaurants die Gastronomie und Verbraucher. Flexiblere Arbeitszeiten und steuerfreie Überstundenzuschläge sollen für Unternehmen mehr Handlungsspielraum schaffen und Anreize für Arbeitnehmer, ebenso ein steuerfreier Zusatzverdienst für Rentner.

Maßnahmen zum Bürokratieabbau sind überfällig, damit Unternehmen wieder Freiheit zum Wirtschaften haben und nicht für ausufernde Berichtspflichten Personal einstellen müssen, das sie für die Produktion bräuchten. Auch wenn wir uns dafür einsetzen, dass Kinderarbeit und Zwangsarbeit aus den Lieferketten eliminiert werden, übersteigt die deutsche Lieferkettenregulierung die Möglichkeiten mittelständischer Unternehmen zur Nachverfolgung weitgehend und muss zurückgenommen werden.

Die Sofortmaßnahmen werden der deutschen Wirtschaft nicht zu neuem Wachstum verhelfen. Sie können ihr aber eine Atempause verschaffen und eine grundlegende Konsolidierung einleiten. Wenn die CDU Wohlstand verspricht, muss die Politik dem Mittelstand vertrauen, um die Versorgung des Landes zu sichern.

Klimaziele dürfen die Wirtschaft nicht dominieren

Fraglich erscheint die angekündigte Rücknahme der Belastungen des Energieeffizienzgesetzes. Mit diesem wurde die Pflicht zur Einrichtung von Energie- oder Umweltmanagementsystemen für Unternehmen sowie zur Erstellung und Veröffentlichung von Umsetzungsplänen für wirtschaftlich durchführbare Endenergieeinsparmaßnahmen eingeführt. Die damit verbundene Androhung hoher Bußgelder belastet mittelständische Betriebe eklatant. Das Gesetz setzt aber die Energieeffizienzrichtlinie der EU (2023/17911) zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele der EU um. Wer bei klimapolitischen Maßnahmen umsteuern will, muss auf europäischer Ebene ansetzen, wo Deutschland bisher nicht nur Vorreiter für Klimaziele war, sondern die EU-Richtlinien in der nationalen Gesetzgebung oft noch verschärft hat – zulasten der deutschen Wirtschaft und Verbraucher. So brachten CDU/CSU am 31. Januar 2025 zusammen mit SPD und Grünen noch eine Anpassung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes an die EU-Emissionshandelsrichtlinie ETS-II (2003/87/EG) durch den Bundestag, die ab dem 1. Januar 2027 über den bis dahin obligatorischen europäischen CO₂-Zertifikatehandel die Preise für Heizen und Treibstoff unabsehbar in die Höhe treiben wird. In der Aufregung über das am selben Tag gescheiterte Zustrombegrenzungs-gesetz hat es dieses Gesetz kaum in die politische Berichterstattung geschafft, obwohl hier die Weichen für erhebliche Belastungen für Haushalte und Industrie gestellt wurden.

Es gibt im Wahlprogramm der CDU keine Ansätze, den Green Deal der EU und seine Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bürger ins Visier zu nehmen. Angesichts dessen stellt sich die Frage, ob die angekündigte Abschaffung des Heizungsgesetzes ernsthafte Absicht ist oder ein Wahlversprechen, das bereits in

den Koalitionsverhandlungen aufgegeben wird. Das Gebäudeenergiegesetz ist das Projekt der gescheiterten Ampelregierung, das ohne Wenn und Aber praktikabel und technologieoffen verfasst werden muss, um verlorenes Vertrauen in die Politik wiederherzustellen. Niemand rettet das Klima und zukünftige Generationen, indem er die jetzt Lebenden dem wirtschaftlichen Ruin preisgibt.

Staatsausgaben minimieren

Wir nehmen CDU/CSU beim Wort, die Zahl der Regierungsbeauftragten zu halbieren. Denn ein Staat im christlichen Sinne ist ein schlanker Staat ist mit einfachen, für die Bürger transparenten Strukturen, ein Staat, der wenig Steuern erhebt und es weitgehend den Bürgern überlässt, gemäß ihren Wertvorstellungen mit ihren Einkommen und Vermögen zu verfahren – sei es im Heizungskeller ihres Hauses oder in ihrem Unternehmen. Die Bibel sagt in Sprüche 29,4: „Wer viel Steuern erhebt, richtet das Land zugrunde“. Das erleben wir in Deutschland. Der Staat muss Steuergelder zugunsten seines Volkes einsetzen, von dem er die Steuern erhebt, und nicht für ideologische Projekte und Wahlversprechen an bestimmte Klientel. Hier braucht es einen sichtbaren Politikwechsel gegenüber der Agenda der Ampelregierung wie auch der CDU-geführten Vorgängerregierung, die trotz boomender Wirtschaft und Rekordeinnahmen Investitionen in die Infrastruktur weithin versäumt hat. Nur mit geringeren Staatsausgaben und schlankeren Verwaltungsstrukturen wird es gelingen, die Schuldenbremse einzuhalten, wie die CDU es in ihrem Wahlprogramm vorgesehen hat und wie es eine solide Haushaltsführung gebietet.

Das Böse begrenzen versus Freiheit erhalten

Die weiteren Punkte des Sofortprogramms sollen die innere Sicherheit in Deutschland verbessern: mit der Speicherung von IP-Adressen zur Verfolgung von sexuellem Missbrauch und Kinderpornografie, mit der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter und mit der Rückabwicklung der Legalisierung von Cannabis. Die grundlegende Aufgabe des Staates aus christlicher Sicht ist der Schutz der Bürger vor Auswüchsen des Bösen, indem er das Böse bestraft und das Gute fördert und so ein nötiges Mindestmaß an öffentlicher Ordnung garantiert, damit die Menschen frei und sicher leben können. Mit dem Überhandnehmen von Verrohung, Gewalt und Ausschweifung ist der Staat jedoch immer mehr überfordert, eine Balance zu wahren

zwischen der Begrenzung des Bösen und der Freiheit der Bürger. Anlasslose Datenspeicherungen dürfen Menschen nicht unter Generalverdacht stellen. Elektronische Fußfesseln sind bestenfalls Nothilfemaßnahme zum potenziellen Opferschutz. Wer dagegen meint, allein mit Prävention das Böse verhindern zu können, ist ebenso einem weltfremden Menschenbild verfallen wie die Ampelregierung mit der Behauptung, dass die Legalisierung von Cannabis dem Gesundheitsschutz diene. Der Staat darf nicht vor dem Bösen kapitulieren oder es gar legalisieren. Angesichts der Überforderung von Polizei und Justiz durch zunehmende Kriminalität kommt der Gesetzgeber absehbar aber nicht umhin, Freiheitseinschränkungen zu verhängen, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Wir erinnern hier an das Böckenförde-Diktum: Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Die moralische Selbstregulierung, die unsere freiheitliche Ordnung ermöglicht hat, hat sie aus der christlichen Ethik bezogen. Unsere Gesellschaft braucht die erlösende Kraft des Evangeliums, damit Menschen frei werden von der Macht des Bösen und um Recht und Freiheit zu erhalten.

Symptome von Migration eindämmen oder die Ursachen?

Die begrenzten Kapazitäten von Behörden und Sicherheitskräften dürfte auch der maßgebliche Einwand gegen den Fünf-Punkte-Plan der CDU zur Eindämmung illegaler Migration sein. Wer soll 4 000 km Grenze kontrollieren und wie und wer tausende Ausreisepflichtige bewachen? Wir schätzen die Initiative der CDU/CSU-Fraktion, der Überforderung der Asylsysteme in Deutschland durch illegale Einwanderung mit Sofortmaßnahmen zu begegnen. Aber wir werden Migration nicht wesentlich mit Zurückweisungen und Rückführungen begrenzen. Asylanträge in sicheren Drittstaaten können helfen, dass die Bedürftigsten eine Chance auf Asyl in Europa bekommen und nicht nur die, die es übers Mittelmeer schaffen. In den Herkunftsländern anzusetzen, heißt jedoch nicht nur, Rückführungsabkommen zu schließen und Entwicklungshilfe daran zu binden. Fluchtursachen einzudämmen, erfordert von uns eine integrale Wirtschafts- und Außenpolitik, die nicht Unterdrückung und Extremismus repressiver Regime wie im Iran und der Türkei stützt, die die Menschen in die Flucht treiben. Im Vordergrund einer interessengeleiteten Außenpolitik dürfen nicht länger die Wirtschaftsinteressen von Großkonzernen besonders

in Afrika stehen und unfaire Handelsverträge, die Armut verstärken. Afrika braucht keine Entwicklungshilfe, sondern faire Unternehmen und Investoren. Hier brauchen wir in Deutschland und Europa einen Paradigmenwechsel für gerechte Beziehungen zu den Staaten, aus denen die Menschen nach Europa fliehen. Den sehen wir im Wahlprogramm der CDU über die Bekämpfung der Symptome hinaus wenigstens in einigen überfälligen Maßnahmen gegenüber dem Regime im Iran.

Wir können jungen Menschen aus Ländern mit einer schwachen Wirtschaft Ausbildung und Studium anbieten. Qualifizierte Fachkräfte aus ärmeren Ländern abzuwerben, ist für unser reiches Land ethisch unverantwortlich und verstärkt weiter Armut und Fluchtursachen in den Herkunftsländern. Wer aus humanitären Gründen in Deutschland Asyl beantragt, soll jedoch unabhängig vom Aufenthaltsstatus umgehend in Arbeit vermittelt werden. Das darf nicht nur für Ukrainer gelten, wie die CDU anstrebt. Wir dürfen das Potenzial junger Migranten nicht brach liegen lassen, ob sie bleiben oder wieder gehen, um ihrer selbst und des Gemeinwohls willen, solange sie hier sind.

Familienpolitik muss die alten Bahnen verlassen

Zuwanderung wird den Nachwuchsmangel der Industriestaaten nicht lösen. Wir vermissen schmerzlich ein Umsteuern der CDU in der Familienpolitik. Bis auf marginale finanzielle Entlastungen wird weiter auf den Ausbau außerhäuslicher Betreuung gesetzt, mit der bereits eine junge Generation herangezogen wurde, die zu einem großen Teil nur eingeschränkt beziehungs-, bildungs- und leistungsfähig ist. Wer wie die CDU die Wirtschaft langfristig stärken will, muss mit einer ressortübergreifenden Familienpolitik Mut machen, Kinder zu haben und sie gesund großzuziehen. Dafür brauchen wir gesunde Familien, die die Politik nicht schaffen, aber mit einem Erziehungsgehalt für ihre unverzichtbare soziale und Erziehungsverantwortung finanziell freisetzen kann. Eltern müssen in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden, statt sie an den Staat zu delegieren. Ein erster Schritt wäre das dreijährige Erziehungsgeld, das 2007 unter CDU-Führung abgeschafft wurde.

Frieden braucht Demut

Unser Kerngeschäft als Christen ist es, Frieden zu stiften. Leider ist im Wahlprogramm der CDU kein Umsteuern in der Politik gegenüber der Ukraine zu erkennen, auch wenn diplomatische, finanzielle und humanitäre Mittel zusammen mit Waffenlieferungen genannt werden. Treiber ist die Angst, dass wenn die Ukraine fällt, ein Angriff auf ein weiteres europäisches Land droht. Kann man für diese Befürchtung weiter Tod und Zerstörung in der Ukraine in Kauf nehmen? Maßstab für Friedensbemühungen darf nicht länger die postulierte Unverletzlichkeit von Grenzen und ein vollkommen gerechter Frieden sein, sondern das Leben der betroffenen Menschen zu schonen. Stärke zeigt Europa nicht mit immer weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern indem es ihr zur Seite steht, um mit Russland ein Ende des Krieges auszuhandeln - in dem Vertrauen, dass Gott den Demütigen beisteht und Europa vor weiteren Angriffen des Bösen schützt.

Als christliche Partei sehen wir Deutschland schließlich in der besonderen Verantwortung, zu Israel zu stehen. Wir sind dankbar für die klare Positionierung und konkret geplante Maßnahmen der CDU gegen Antisemitismus und für ihr Bekenntnis zur Freundschaft mit Israel und zu seiner Sicherheit als Staatsräson. Ein nachhaltiger Frieden im Nahen Osten wird jedoch nicht mit einer Zwei-Staaten-Lösung zustande kommen, die seit 30 Jahren gescheitert ist. Hier muss die CDU einen alten Zopf abschneiden und auf die Akteure vor Ort hören, damit Deutschland seiner Verantwortung für die Existenz des jüdischen Staates in seiner zunehmenden Bedrohung gerecht wird.

Strukturwandel statt Rekordverschuldung!

Die Hoffnung auf einen Politikwechsel mit der CDU als Regierungspartei ging bereits vor Beginn der Koalitionsvereinbarungen zu Ende. Mit dem alten Bundestag und der Hilfe der gescheiterten Ampelfraktionen von SPD und Grünen drückte Noch-nicht-Kanzler Friedrich Merz das größte Schuldenpaket der deutschen Geschichte durch: praktisch unbegrenzte Kredite für Verteidigungsausgaben an der Schuldenbremse vorbei, bis zu 500 Milliarden Sondervermögen für Infrastruktur, davon 100 Milliarden für Klimaneutralität bis 2045 mit Verfassungsrang und die Lockerung der Schuldenbremse für die Bundesländer. Mit Zinsen wird sich das Paket auf weit über eine Billion Euro summieren.

Das Finanzpolitische Programm von Bündnis C sagt dazu:

„Wir sind davon überzeugt, dass Schulden aus wirtschaftsmathematischer Sicht und wegen ihrer zerstörerischen Folgen äußerst unklug sind. Die Bibel warnt: Wer Schulden macht, wird zum Sklaven seines Gläubigers.“ (Sprüche 22,7) Schuldner können, zumindest was den Teil der Tilgung zuzüglich Zinsen betrifft, keine freien Finanzentscheidungen mehr treffen. Außerdem handelt es sich bei Schulden um die Nutzung von Mitteln, die für die Schuldner in Wirklichkeit noch nicht existieren. Durch das Schuldenmachen wird den nächsten Generationen eine große finanzielle Last auferlegt, ohne ihnen hierbei ein Mitspracherecht einzuräumen.

Jede Verschuldung, egal auf welcher Ebene und in welchem Kontext, ist nicht immer, jedoch meistens Ausdruck einer miserablen Haushaltschiff, eines Lebensstils bzw. einer Ausgabenpolitik, die die eigenen finanziellen Möglichkeiten übersteigt. Wir plädieren deshalb für eine drastische Reduzierung und Rückzahlung vorhandener Verbindlichkeiten auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene, selbst wenn das für eine bestimmte Zeit zu schmerzlichen Einschnitten in den Haushalten führen wird.“

Der Bundesrechnungshof warnte, für das Infrastruktur-Sondervermögen sei mit zusätzlichen jährlichen Zinszahlungen von zwölf Milliarden Euro zu rechnen. Durch die Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben könnten weitere 25 Milliarden Euro an Zinsen jährlich anfallen und die finanziellen Möglichkeiten künftiger Generationen damit erheblich einschränken. Kernaufgaben des Staates wie Verteidigung und eine leistungsfähige Infrastruktur sollten grundsätzlich aus laufenden Einnahmen und nicht über Schulden finanziert werden. Mit abnehmender Wirtschaftskraft und fehlenden Fachkräften wird es zudem für die neu in Umlauf gebrachten Geldmengen immer weniger Deckung auf der Angebotsseite geben und die Inflation angeheizt.

Dringend notwendige Strukturreformen für die Wirtschaft und der Staatsausgaben können mit dem Schuldenpaket vermieden werden. Weiß Herr Merz, dass er davon mit der SPD nichts in den Koalitionsvertrag bekommt? Im Sondierungspapier von CDU und SPD sucht man bis auf einige Entlastungen bei Bürokratie,

Steuern und Energiekosten ambitionierte Konsolidierungspläne vergeblich. Es ist ein bedrückendes Szenario, dass die CDU sich jede andere Option für eine Regierungskoalition verbaut und die SPD damit maximales Erpressungspotenzial hat bei den Verhandlungen. Wenn sie scheitern, stehen die Schuldoptionen im Grundgesetz als Freibrief für weitere grün-linke Ideologieprojekte. SPD-Politik mit Umverteilung und Überregulierung der Wirtschaft wird aber auch in einer Koalition mit der CDU genauso scheitern wie bisher und zusammen mit hemmungslosem Geldddrucken Deutschland immer mehr zum Verhängnis werden. Dass die CDU damit alle Hoffnungen ihrer Wähler auf einen Politikwechsel enttäuscht, lässt die politische Mitte weiter erodieren.

Wir fordern die zukünftige Regierungskoalition auf, mit Haushaltsdisziplin eine grundlegende Konsolidierung der Staatsfinanzen einzuleiten, statt mit ausufernden Schulden eine Finanzkrise zu provozieren.

Ein Politikwechsel braucht Grundsatzentscheidungen

CDU/CSU kündigten in ihrem Wahlprogramm einen Politikwechsel für Deutschland an. Gemessen an drei Jahren Ampelregierung unter neomarxistischen Vorzeichen sollte dieser Wechsel augenfällig sein wie bei den Sofortmaßnahmen, die Gesetze der Vorgängerregierung zurücknehmen oder abgelehnte Projekte der Opposition durchsetzen sollen. Viele Fehlentwicklungen, die die Ampelregierung zu Ende gebracht hat, wurden jedoch von der CDU unter Angela Merkel begonnen, wie in der Migrationspolitik und der Wirtschaftspolitik.

Eine tiefgreifende Konsolidierung unseres Landes muss an Grundsatzentscheidungen vor allem zur Familien- und Sozialpolitik, zur Klimapolitik und zu den Ursachen für Migration ansetzen, die die Natur des Menschen und der Schöpfung und unser Zusammenleben in dieser Welt betreffen. Im Richtungskampf zwischen dem Merkel-Erbe und einer konservativen Rückbesinnung für die jetzigen Herausforderungen ist die CDU gefordert, die christliche Wirtschafts- und Sozialethik erneut fruchtbar machen, die das Erfolgsprogramm der Christdemokratie begründet hat. Dazu braucht es Umkehr, wo sie diese christlichen Prinzipien verlassen und damit den Niedergang Deutschlands maßgeblich verursacht hat. Wo wir uns auf die christlichen Grundlagen einer lebensdienlichen Gesellschaftspolitik besinnen, wird der Segen Gottes auch auf den kommenden Koalitionsverhandlungen liegen.

Erneuerung mit der nächsten Generation

Unter den 18 bis 24-Jährigen haben 25% bei dieser Bundestagswahl die Linke als stärkste Partei gewählt und 21% die AfD. In unserer Hauptstadt, durch die 40 Jahre lang die Mauer verlief, wurde die Partei der SED-Erben erstmals bei einer Bundestagswahl insgesamt stärkste Kraft. 35 Jahre nach dem Fall des Sozialismus ist eine junge Generation herangewachsen, die die Ruinen der DDR nicht mehr kennt. Die Demagogie des Sozialismus wurde über Jahrzehnte wieder salonfähig gemacht, mit Kapitalismuskritik und unter der Agenda des Kampfes gegen Rechts, und damit auf beiden Seiten die ideologischen Fronten genährt. Nach den Verlusten durch das BSW verzeichnete die Linke in den letzten Wochen einen erheblichen Zuwachs junger Mitglieder und Aufwind durch soziale Themen. In zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist zu erwarten, dass sozialistische Utopien einerseits und ein radikaler Liberalismus andererseits weiter an Zuspruch gewinnen.

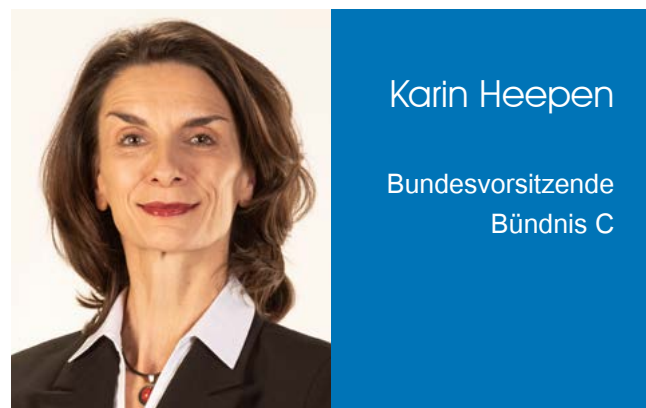
Angesichts dieser Verwerfungen und um sich greifender Ratlosigkeit riefen junge Christen am Tag vor der Wahl zum Gebet vor dem Bundestag auf. Bereits am 1. Februar lud ein Netzwerk internationaler Gemeinden nach Berlin zum Gebet für die Wahlen ein und brachte Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Kirche zusammen. Junge Christen stehen auf und wollen Verantwortung für ihr Land übernehmen. Sie sehen, dass die Rettung nicht von der Politik kommt, sondern vom Kreuz und der Umkehr unseres Landes zu Gott und Seinem Wort.

Dieses geistliche Fundament ist Voraussetzung für eine politische Erneuerung in Deutschland, die von der kommenden CDU-geführten Regierung erwartet wird. Bei den dominierenden Fragen des Wahlkampfes zu Migration, Wirtschaft und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine trägt Deutschland zudem außenpolitisch hohe Verantwortung: als das Land, das die meisten Flüchtlinge in Europa aufnimmt, als größte Volkswirtschaft Europas und als Drehscheibe der NATO in der Mitte Europas. In allen drei Bereichen sind wir mit einer veränderten US-Politik konfrontiert und auch in einer vermittelnden Rolle zwischen Ost- und Westeuropa. Wir brauchen tragfähige Antworten für Migration zwischen „Alle rein“ oder „Alle raus“, zwischen Klimazielen oder Wirtschaftswachstum und zwischen eigener Verteidigungsfähigkeit und neuen Schulden für Waffenlieferungen an die Ukraine.



Das überfällige Gebot der Stunde ist dazu Freiheit für neue Ideen, nichtkonforme Meinungen, Innovation und der Willen zum Dialog mit Andersdenkenden. Wo sind Politiker mit der Bereitschaft, von den eigenen Standpunkten abzusehen, sich für die Perspektive Gottes zu öffnen und damit einen Raum zum Diskurs zwischen den politischen Lagern in Deutschland zu bereiten? Offenheit für Gottes Wort in den anstehenden Koalitionsverhandlungen kann Lösungen inspirieren, die bisher keine der Parteien im Visier hatte und die Deutschland zum Leben dienen. Möge in den neuen Bundestag ein Geist der Versöhnung einziehen, dass die Brandmauern fallen und die Abgeordneten aller Parteien miteinander reden.

Für eine fruchtbare politische Kultur brauchen wir Umkehr von einseitigem Materialismus, kollektiven sozialistischen Fantasien wie auch überzogenem Individualismus. Zwischen Wohlstand und ideologischen Wällen haben wir junge Menschen haltlos, leer und anfällig für jedwede Verführung gelassen. Danken wir für eine junge Generation von Christen, die vor Gott für Deutschland aufsteht, und setzen wir sie in unseren Kirchen und Gemeinden frei, Verantwortung zu übernehmen in Politik und Gesellschaft. Sie brauchen inspirierende Vorbilder für das Gute, Wahre und Schöne, das Gott für uns bereithält und durch sie in die Welt bringen will. Die Welt wartet darauf.



ECPM-Versammlung: Resolution zur EU-Politik im Nahost-Konflikt



Die Vollversammlung der ECPM in Brüssel am 4. Dezember 2024 beschloss die Umbenennung der Partei in European Christian Political Party (ECP). Bündnis C legte der Versammlung eine Resolution zur EU-Politik im Palästinensisch-Israelischen Konflikt vor, die als Arbeitsgrundlage für eine gemeinsame Erklärung der ECPM dient. Auf einer begleitenden Konferenz im Europaparlament über Sicherheitsrisiken für Europa und Israel durch das iranische Regime wurde die Dringlichkeit betont, die Unterwanderung der westlichen Gesellschaften durch den Iran zu stoppen und die iranische Opposition zu unterstützen.

Die Vollversammlung der ECPM fand am Nachmittag des 27. European Prayer Breakfast statt, zu dem sich wie jedes Jahr mehrere hundert christliche Politiker und Leiter aus ganz Europa in Brüssel trafen, um für Europa und die EU zu beten. Es stand in diesem Jahr unter dem Leitvers aus 2. Korinther 3,17: Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.

Der wichtigste Beschluss der ECPM-Versammlung ist die Umbenennung der Partei in European Christian Political Party (ECP). Die European Christian Political Movement begann 2002 als Bewegung christlicher Organisationen und Politiker und wurde 2010 als europäische Partei akkreditiert. Mittlerweile ist sie als eine der 10 europäischen Parteien etabliert, weshalb der Partei-status auch im Namen erkennbar gemacht werden soll.

Bündnis C – Christen für Deutschland hat der Versammlung eine Resolution zur EU-Politik im Palästinensisch-Israelischen Konflikt vorgelegt. Änderungsanträge dazu konnten im verfügbaren Zeitrahmen nicht ausreichend diskutiert werden. Die Versammlung stimmte einem Vorschlag des Vorstandes zu, Anfang 2025 eine Tagung mit der Sallux ECPM Foundation für die Mitglieder anzubieten, um eine gemeinsame Position zu erarbeiten.

Bundesvorsitzende Karin Heepen gab zur vorgelegten Resolution die folgende Einleitung:

„Im politischen Programm der ECPM steht: Die ECPM unterstützt das Existenzrecht Israels. Das ist der Grund für diese Resolution. Wir wollen damit Israel unterstützen, weil sein Existenzrecht bedroht ist.

Das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 war ein Ruf der Hamas an die Feinde Israels in aller Welt zu einem neuen Holocaust am jüdischen Volk und den Staat Israel auszulöschen. Der Kopf hinter der Agenda ist das iranische Regime mit seinen Stellvertretern rundum im Nahen Osten. Sie haben offensichtlich Erfolg damit.

Israel steht mittlerweile an sieben Fronten unter direktem Beschuss. Und die Nationen der Welt wenden sich immer mehr gegen Israel. Indem Israel de facto das Recht auf militärische Selbstverteidigung abgesprochen oder versucht wird, es bis zur Aufgabe zu beschränken, wird seine Existenz aufs Spiel gesetzt.

Der Judenhass, der bei uns in Europa und weltweit mit dem Massaker der Hamas losbrach, sollte Grund genug sein, der Sicherheit Israels höchste Priorität einzuräumen. Denn letztlich ist der Staat Israel der einzige Zufluchtsort für Juden weltweit.

Es ist unsere Verantwortung als Deutsche, in den Angriffen auf Israel dem jüdischen Volk beizustehen. Aber es nicht nur die deutsche Schuld des Holocaust, sondern eine 1700 Jahre lange Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung von Juden in den christlichen Nationen Europas, deren Repräsentanten wir hier sind und die uns als europäische Partei heute in die Verantwortung ruft.

Als Christen urteilen nicht nur nach menschlichen Maßstäben, sondern sehen die biblische Dimension des Konflikts. Es gibt mehrere Warnungen, Israel als Gottes auserwähltes Volk nicht anzutasten. Und in Joel 4 sagt Gott, dass sich eines Tages alle Nationen gegen Israel versammeln werden und er mit ihnen ins

Gericht gehen wird wegen seines Volkes und seines Erbteils Israel.

Wir sehen auch die geistliche Dimension des



Kampfes. Israel steht einem Todeskult gegenüber, wie ein Hamas-Führer sagte: „Israel ehrt das Leben, wir lieben den Tod. Deshalb werden wir siegen.“ Mit diesem Geist kann weder für die Palästinenser noch für Israel jemals Frieden werden. Deshalb sagen wir: Nicht der Tod, sondern das Leben wird siegen, weil wir als Christen gemeinsam mit den Juden dem Schöpfergott dienen, der das Leben liebt.

Die ECPM hat seit dem Massaker der Hamas gegen Israel vor mehr als einem Jahr nichts dazu veröffentlicht. Angesichts der zunehmenden Feindseligkeit gegenüber Israel meinen wir, ist es Zeit, unsere Stimme in der EU zu erheben mit einem klaren Bekenntnis zu Israel. Wir legen dafür diese Resolution vor.“

Resolution zur Nahost-Politik der EU im Palästinensisch-Israelischen Konflikt

Vorgelegt von Bündnis C – Christen für Deutschland

Die Generalversammlung der ECPM am 04. Dezember 2024 in Brüssel, Belgien:

Beklagend, dass seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 an etwa 1200 israelischen Bürgern und der Verschleppung von etwa 240 Israelis in den Gazastreifen noch immer über 100 von ihnen in der Gewalt der islamischen Terroristen sind, einige von ihnen bereits getötet wurden, während anderen Nahrung, Wasser und medizinische Versorgung oder der Zugang zu humanitären Organisationen wie dem Roten Kreuz verweigert wird,

Anerkennend, dass Israel seitdem einen legitimen Selbstverteidigungskrieg gegen den Terrorismus der Hamas, des Islamischen Dschihad und der Hisbollah führt und zur Befreiung seiner Geiseln,

Bedauernd, dass dabei trotz wiederholter Warnungen durch die israelische Armee (IDF) und der Bemühungen zum Schutz der Zivilbevölkerung tausende Palästinenser ihr Leben verloren haben, häufig von den Terroristen der Hamas und der Hisbollah als menschliche Schutzschilde benutzt,

Würdigend, dass sich die EU zusammen mit den USA und anderen Vermittlern um eine Deeskalation und friedliche Beilegung des Konflikts bemüht,

Erinnernd, dass die maßgeblichen palästinensischen Behörden wie die PA und die PLO den Terrorangriff der Hamas auf Israel nicht verurteilt haben und die

große Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung ihn befürwortet hat,

Hinweisend, dass die relevanten palästinensischen politischen Organisationen einschließlich der PLO und der Palästinensischen Autonomiebehörde den bewaffneten Kampf gegen Israel fortsetzen und nicht die Errichtung eines friedlichen Staates an der Seite Israels anstreben, es jahrzehntelang versäumt haben, in den von ihnen kontrollierten Gebieten eine demokratische Gesellschaft aufzubauen mit Institutionen, die Rechtsstaatlichkeit schützen, und sie stattdessen den Palästinensern Grundrechte wie Rede-, Religions- und Pressefreiheit vorenthalten,

Eingedenk der Unterwanderung des UN-Hilfswerkes für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) durch die Hamas, die UN-Einrichtungen als Terrorbasen missbraucht und internationale Hilfsgüter veruntreut,

Beklagend, dass Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates die Wiederbewaffnung der Hisbollah im Südlibanon nach 2006 nicht verhindert hat und diese sich unter direkter Beobachtung der UN-Friedenstruppen zur mächtigsten Terrorgruppe der Welt entwickeln konnte,

Erinnernd, dass Israels vergangene Bemühungen um „Land für Frieden“, wie der Rückzug aus dem Gazastreifen 2005, nicht mit palästinensischen Friedensinitiativen beantwortet wurden, sondern zu weiteren Konflikten geführt haben, wie dem Abschuss tausender Raketen aus dem Gazastreifen auf die israelische Zivilbevölkerung seit 2007, dem Bau von Tunneln nach Israel, um Terroranschläge zu verüben, und zur Entführung von Israelis nach Gaza,

Betonend, dass Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten mit unabhängiger Rechtsstaatlichkeit, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und freier Presse westliche Werte hochhält, während es von feindlichen Regimen umgeben ist, die Menschenrechte verletzen, Terrorismus fördern, Israel zerstören wollen und die UN-Institutionen missbrauchen, um es zu schädigen,

Mit Besorgnis die Zunahme von Antisemitismus und Angriffen auf jüdische Gemeinschaften in Europa und den USA verfolgend, die durch die israelfeindliche Politik der UNO, der EU und ihrer jeweiligen Mitgliedsstaaten angeheizt werden,

Mit Entsetzen über das jüngste Pogrom in Amsterdam, bei dem Menschen von einem gewalttätigen Mob gejagt wurden, nur weil sie Juden waren, mit Bedauern, dass in der EU Synagogen und jüdische Schulen

ständig geschützt werden müssen und Juden geraten wird, in der Öffentlichkeit keine jüdischen Symbole wie eine Kippa oder einen Davidstern zu tragen, da ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden kann,

Ruft den Europäischen Rat und die Europäische Kommission an,

1. Sämtliche Zahlungen der EU an die palästinensischen Behörden auszusetzen, bis die Hamas alle israelischen Geiseln freigelassen hat, und die Zahlungen erst dann wieder aufzunehmen, wenn garantiert ist, dass die Mittel nicht zur Anstiftung zum Hass oder zur Zahlung von Zuwendungen an Terroristen oder deren Familien verwendet werden.
2. Die EU-Finanzierung für UNRWA einzustellen und zuverlässige humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zu unterstützen.
3. Sich in der UN für die Umsetzung von Resolution 1701 einzusetzen mit dem Rückzug der Hisbollah aus dem Südlibanon und Entmilitarisierung des Grenzgebietes zu Israel.
4. Um Vermittlung eines Friedensprozesses unter Beteiligung der USA und anderer Mittler, der den Bedürfnissen sowohl der Palästinenser als auch der Israelis gerecht wird, unter der Bedingung, dass die palästinensische Führung das Recht des jüdischen Volkes auf einen souveränen Staat und territoriale Integrität anerkennt und Israel sein Engagement für eine demokratische Selbstverwaltung der Palästinenser bekräftigt.
5. Eine Zweistaatenlösung als einzige politische Antwort auf den Konflikt zu überdenken und alternative, zum Beispiel konföderierte Modelle im Rahmen des Nahost-Quartetts zu erwägen, wobei Rechtsstaatlichkeit und Stopp des Terrorismus Vorbedingung für jedes Modell sind.
6. Unterstützung der EU für eine palästinensische Autonomie von der Akzeptanz des jüdischen Volkes als Nation und des Existenzrechts des Staates Israel durch die palästinensische Führung abhängig zu machen, sowie von der Normalisierung der Beziehungen zu Israel auf der Grundlage von Friedensabkommen wie z.B. der Abraham-Verträge.
7. Bedingungen einzuführen, die gewährleisten, dass alle EU-Finanzierungen die Zusammenarbeit zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde fördern und keine Aufrüstung, Extremismus, Gewalt, Autoritarismus und Korruption der PA unterstützt werden,

8. Auf die Entwicklung einer palästinensischen politischen Kultur hinzuwirken, die im Einklang mit den Werten der EU gleiche Rechte, Freiheit und Sicherheit für alle Bürger – Juden wie Palästinenser - auf der Grundlage von Rechtsstaatlichkeit fördert.

9. Um Aufwertung der Rolle des EU-Koordinators für die Bekämpfung von Antisemitismus und Förderung jüdischen Lebens in Europa und Holocaust-Bildung in jedem EU-Mitgliedstaat verpflichtend zu machen.

Das iranische Regime isolieren

Bert-Jan Ruissen, Mitglied des Europäischen Parlaments der ECPM aus den Niederlanden, lud am selben Tag zu einer Konferenz über Sicherheitsrisiken für Europa und Israel durch das iranische Regime ins Europaparlament ein. Sprecher waren unter anderem der Knesset-Abgeordnete Amit Halevi, Professor Afshin Ellian (Gründer Free Iran Committee) und Josh Reinstein, Präsident der Israel Allies Foundation.

Reinstein führte in seiner Einleitung aus, dass das theokratische Regime in Teheran einen religiösen Krieg führt, um mit islamistischen Zellen die westlichen Gesellschaften zu unterwandern. Europa muss entscheiden, ob es in den nächsten vier Jahren Israel und die Trump-Administration unterstützt, um diesen Einfluss des Iran auf Europa zu stoppen, oder ob es weiter für UN-Resolutionen gegen Israel stimmt. Die EU kann den Iran mit Sanktionen belegen, Vermögen einfrieren, infiltrierte Vereine schließen, Antisemitismus ernsthaft bekämpfen und Juden beschützen.

Halevi betonte, dass wir demselben Feind wie vor 85 Jahren gegenüberstehen. Der Iran ist im selben Nazi-Geist wie Hitler am Werk, um die Juden auszurotten. Europa muss das iranische Regime diplomatisch isolieren, Wirtschaftssanktionen einsetzen, militärische Operationen gegen Teheran unterstützen und in die iranische Opposition investieren.

Ellian unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit, die Opposition im Iran zu unterstützen, die grausamer Verfolgung ausgesetzt ist. Die iranische Bevölkerung steht Israel nicht feindlich gegenüber. Aber die ganze Region steht unter dem Regime der Angst in Teheran. Iranische Dissidenten in Europa appellieren an die EU, die Islamischen Revolutionsgarden des Mullah-Regimes auf die EU-Terrorliste zu setzen, statt weiter mit ihm zu kooperieren.

*Karin Heepen
Bundesvorsitzende*

Was ist unser Auftrag?

Im letzten Jahr ist mit der Verhältnisbestimmung von Bündnis C zur AfD ein erhebliches Konfliktpotenzial in unsere Partei hineingetragen worden. Deshalb sehen wir uns als Bundesvorstand gefordert, hier eine Abgrenzung vorzunehmen. Es sei vorangestellt, dass wir uns damit nicht der politischen und medialen Ausgrenzung der AfD und von deren Wählern aus dem demokratischen Parteienspektrum anschließen. Es gibt jedoch keine andere Partei in Deutschland, die die Christen so polarisiert und instrumentalisiert, was uns zu dieser Stellungnahme veranlasst.

Die Situation

In der Stadtverordnetenversammlung Fulda gab es von 2021 bis 2024 eine Fraktion aus AfD und Bündnis C und im Kreistag Fulda 2023/24. Es gab mehrfach Anfragen, wieso wir das dulden und wie wir dazu stehen. Im Februar dieses Jahres wurde die Einladung einer internationalen Gemeinde zu einer Podiumsdiskussion im Vorfeld der Bundestagswahl deshalb leider wieder abgesagt. Auch wenn beide Fraktionen in Fulda so nicht mehr bestehen, vergisst das Internet nicht.

Im Herbst 2024 erfuhren wir von der Fördermitgliedschaft eines Vorstandsmitglieds bei den Christen in der AfD und forderten deren Beendigung. Wir sehen jedoch, dass der Einfluss und die Befürwortung der AfD in Bündnis C um sich greifen. Ein Vorstandsmitglied verstieg sich vor der Bundestagswahl in einer öffentlichen Chatgruppe zu der Aussage: „Wer nicht AfD wählt, übernimmt Blutschuld, weil alle anderen Parteien für die Abtreibung sind.“ Halbe Verbände reisen Peter Hahne hinterher, der öffentlich die AfD unterstützt und mit seiner Rhetorik in ihrem Geist polemisiert.

Leider haben wir als Bundesvorstand das Problem für Bündnis C nicht ernst genug genommen. Wir bekennen das als unsere Schuld und bitten alle Mitglieder und Interessenten um Vergebung, dass wir hier keine klare Leitung ausgeübt und die Grenzen gezogen haben. Das wollen wir mit dieser Stellungnahme tun.

Das Problem

Wir haben uns mehrfach gegen Brandmauern in den Parlamenten ausgesprochen, weil es das Liebesgebot Jesu und die Würde jedes Menschen gebieten, dass man mit ihm spricht, egal was seine Überzeugungen

sind. Brandmauern behindern die Arbeitsfähigkeit der Parlamente, ignorieren den Wählerwillen und hebeln demokratische Prozesse aus. Zusammenarbeit in einer Fraktion bedeutet aber eine sachliche und geistige Gemeinschaft, die wir mit der AfD nicht sehen. Es geht uns nicht darum, die AfD zu bekämpfen, aber den Geist zu unterscheiden, in dem wir bzw. die AfD agieren. Eine öffentliche Zusammenarbeit und Unterstützung der AfD lässt diese Unterscheidung der Geister vermissen. Dass die AfD in einigen Punkten wie Familie und Lebensschutz näher an den Positionen von Bündnis C liegt als andere Parteien, heißt nicht, dass sie christlich verortet ist. Die Frage, die wir als christliche Partei stellen müssen, ist: Aus welchen Quellen und welchem Geist speist sich die Politik der Partei? Dazu können wir nicht nur auf einige Positionen im Wahlprogramm schauen, sondern müssen uns auch vergegenwärtigen, wie die Protagonisten ihre Positionen öffentlich vertreten:

- In der Kommunikation von AfD-Politikern und Wählern ist häufig keine Trennung von Person und Sache zu erkennen. Es werden Personen angegriffen, beschuldigt und niedergemacht. Früchte des Geistes sind dagegen Freundlichkeit und Sanftmut (Gal 5,22).
- Damit wird Feindschaft genährt, die nicht damit zu rechtfertigen ist, dass die anderen Parteien die AfD zum Feindbild erklärt haben. Jesus sagt: Liebt eure Feinde! (Lk 6,27)
- Programmatisch kritisiert die AfD weithin, während ihre Lösungsansätze zum Beispiel für Migration eher populistisch als realistisch sind. Unser Auftrag in Bündnis C ist es hingegen, politische Lösungen aus biblischer Quelle zu erarbeiten (Eph 2,10).
- Der andere Geist schlägt sich gerade beim Thema Migration in fundamental anderen Antworten nieder. Statt 4000 km Grenze schließen und hunderttausende Flüchtlinge abschieben zu wollen, ohne zu sagen wie, mahnen wir vor allem eine integre deutsche und europäische Wirtschafts- und Außenpolitik an, um Fluchtursachen zu mindern.
- Wer wie bei diesem Thema die Schuld nur bei anderen statt bei sich selbst sucht, macht sich schuldig, Fremdenhass zu schüren. Ein Slogan wie „Neue Deutsche machen wir selbst“ ist keine Ermutigung, Kinder zu haben, sondern errichtet Fronten gegen Ausländer.

Abkehr von unserem Mandat

Wir sehen bei der Hinwendung einiger Mitglieder und Vorstände in Bündnis C zur AfD eine Ablenkung von unserem Auftrag und stattdessen die Propagierung vermeintlicher Lösungen wie die der AfD. Damit wird Bündnis C jedoch nutzlos, eine zweite AfD braucht niemand. Wir sehen außerdem in einer Wahlempfehlung für die AfD durch Mitglieder und Vorstände in Bündnis C eine Verführung durch den Geist der AfD, der Spaltung auch in Bündnis C hineinträgt. Diese Instrumentalisierung wird bewusst vonseiten der AfD betrieben. In einem Interview nannte Tino Chrupalla im Vorfeld der Bundestagswahl die AfD eine christliche Partei, die sie nicht ist. Ein Protagonist der „Christen in der AfD“ forderte uns mit Nachdruck vor der Wahl auf, einen Aufruf an unsere Mitglieder und Wähler herauszugeben, geschlossen AfD zu wählen.

Das Werk Gottes tun

Wir fordern unsere Mitglieder und insbesondere unsere Vorstände auf, die Geister zu unterscheiden, sich unserem Mandat für Bündnis C zu stellen und der Herausforderung, für die kommende Zeit politische Antworten auf einem biblischen Fundament zu erarbeiten und zu vertreten. Deutschland wird keine politische Wende bekommen ohne eine geistliche Wende. Es ist die aktuelle Versuchung für die Christen in Deutschland, eine politische Wende wahlweise von der AfD oder der CDU zu erwarten, sich darüber zu spalten und gegenseitig zu bekämpfen, statt sich unserer himmlischen Berufung zu stellen. Keine Partei wird Deutschland retten, sondern nur eine Hinwendung zu Gott und Seinen Lebensordnungen, die unser Land (und nicht nur die Politik) weithin verlassen hat. In diesem Auftrag stehen wir als Christen insgesamt und Bündnis C als christliche Partei, um Lösungen für zusammenbrechende Systeme mit hervorzubringen. Das ist anspruchsvoll, aber weniger hilft nicht. Wir bitten den Geist Gottes um Leitung, Reinigung und Inspiration für das Werk, das Er durch Bündnis C tun will in Deutschland.

Herzlich willkommen allen, die sich in diesen Auftrag mit hineinstellen!

Der Bundesvorstand Bündnis C –
Christen für Deutschland

Abonnieren Sie unseren kostenlosen

Bündnis C

E-Mail Newsletter

newsletter.buendnis-c.de



Jetzt anmelden!

Ich bin dafür

Es wird zu viel schlecht geredet. Zu viel geschimpft, gejammt, gemeckert, sich beschwert, beklagt, Dinge zerredet, Leute beleidigt, Probleme betont, Sachverhalte verkürzt, Streit gesucht, Recht behalten, die eigene Meinung über andere erhoben, Undankbarkeit gezeigt und so weiter.

Deshalb heißt es an dieser Stelle: **Ich bin dafür!**

Heute: Die Prüfung

Über die für dieses Jahr ausgewählte Jahreslosung wurde in den vergangenen Wochen viel geschrieben. Trotzdem soll sie an dieser Stelle noch einmal erwähnt werden. Im ersten Brief an die Gemeinde der Thessalonicher schreibt Paulus: Prüfet alles und behaltet das Gute (1Thess 5, 21). Paulus meint hier nicht, dass wir alles zerreden sollen. Prüfen bedeutet nicht, das Haar in der Suppe zu suchen. Oder gar so lange den Kopf zu schütteln, bis eines hineinfällt. Sondern ehrlich zu schauen, möglichst ohne Vorbehalte, zunächst ergebnisoffen und im Idealfall mit Gottes Wort als einzigem unbestechlichen Maßstab.

Die Bundestagswahl ist vorbei und wir bekommen eine neue Regierung. Soweit dürfte das jedem bekannt sein, und das ist in einer Demokratie ja auch kein außergewöhnliches Ereignis. Ob das kommende Bündnis es tatsächlich besser machen wird, werden wir sehen. Erwähnt werden soll an dieser Stelle nur, dass diese Wahl neben dem bevorstehenden Regierungswechsel auch das beste Ergebnis seit der Wiedervereinigung gebracht hat, jedenfalls was die Wahlbeteiligung angeht. Es mag ja sein, dass die Leute politikverdrossen und nur wenige bereit sind, sich zu engagieren. Aber die Wahlbeteiligung steigt seit 2009 an. Den Menschen ist vielleicht doch nicht egal, was hier vor sich geht. Das finde ich ermutigend. Das kann ich als Gutes behalten und nehme es als Ansporn weiterzuarbeiten, weiter mich einzusetzen, weiter mit Bündnis C ein Angebot zu entwickeln, dem diejenigen ihre Stimme geben können, die sich von den sich immer weiter von Gott entfernenden Parteiprogrammen nicht mehr vertreten fühlen.

Themenwechsel: In vier Bundesländern gibt es jetzt parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Thema Corona. Das ist gut und wichtig und die Erwartungen sind enorm. Wenn man aber die Gespräche verfolgt, dann geht es vielen nicht um Aufarbeitung,

sondern um Abrechnung. Um das Finden und Bestrafen von Schuldigen. Doch das ist nicht Prüfen im Sinne dieser Jahreslosung. Denn es lässt keinen Blick nach vorne zu, es geht nur um Vergangenes, um Schlussstriche und Verurteilungen. Wir benötigen aber für die Zukunft, dass wir das Gute behalten, dass wir (natürlich neben dem Benennen von Fehlern und Versäumnissen) sehen, was hilfreich war, was wir als Gesellschaft in vergleichbarer Situation in Zukunft besser machen können oder zumindest anders. Ich bin überzeugt, so werden wir viel Gutes finden zum Behalten.

Interessanterweise sagt uns unser Vers nicht, was mit dem geschehen soll, was bei der Prüfung durchfällt, was nicht als Gutes behalten wird. Warum nicht? Weil es nicht relevant ist für die Zukunft. Festhalten am Negativen blockiert und lässt uns verbittern.

Noch ein Themenwechsel: Bündnis C wird 10 Jahre und dies ist ein Grund, dankbar zu sein und auch zurückzuschauen. Wir werden feststellen, dass vielleicht nicht alles optimal gelaufen ist und man manches hätte anders entscheiden, manchen Streit früher beiseitelegen können. Wie überall, wo Menschen am Werk sind. Aber niemand hat mit Absicht etwas falsch gemacht. Die große Mehrzahl an Entscheidungen wurde getroffen im Suchen nach Gottes Wegen und Seinen Antworten. Ich habe auch noch niemanden in der Partei getroffen, der von sich sagen kann, er habe immer richtig gelegen. Trotzdem: Wenn wir im Sinne dieser Jahreslosung zurückblicken, dann entdecken wir sehr viel Gutes zum Behalten. Auch aus manchen Fehlern zu lernen, kann das Gute sein, das wir für die zukünftigen zehn Jahre mitnehmen.

Wenn sich jetzt jemand von Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eingeladen fühlt, dankbar zurückzublicken, und dann als Gutes behält, dass es sich lohnt, sich in Bündnis C zu engagieren: Fragen Sie in der Bundesgeschäftsstelle oder bei Ihren regionalen Vorständen, dort wird man Sie dankbar empfangen.

Und wenn Sie mich fragen: Ich bin dafür.

Hartmut Voß

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Beten, Beten, Beten!

Nach wie vor steht unser Land vor riesigen Herausforderungen. Viele Antworten in der Politik werden offensichtlich ohne Gott gesucht und gefunden. Ich erinnere mich an ein Zitat unserer damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel während der Corona-Pandemie: „Wir müssen impfen, impfen, impfen ...“ Wäre es nicht besser gewesen zu sagen: „Wir müssen beten, beten, beten ...“?

Die Pandemie und viele (Fehl-) Entscheidungen sind inzwischen vorüber, wir leben im Hier und Jetzt. Jesus gibt uns so Vieles mit auf den Weg: Unter anderem sollen wir uns nicht über das Morgen sorgen (Mt 6,34). Stattdessen ist jetzt die Zeit zu beten: Für unser Land, für unsere Regierungen, für Israel, ... und für unsere Partei Bündnis C.

Besonders wichtig ist das hohepriesterliche Gebet, welches Jesus kurz vor seinem Kreuzestod gesprochen hat: Das Gebet um Einheit der Nachfolger untereinander (Joh 17). Mit unserer Lebensweise gehören wir zu diesen Christen-Menschen und sind für manche die einzige Bibel, die sie je zu „lesen“ bekommen. Wie wir in Bündnis C miteinander und mit Außenstehenden umgehen, eint oder trennt, so wie wir uns auch in anderen Lebensbezügen um Einheit bemühen. Deshalb braucht es für unsere Partei (Organisation, Finanzen,

Positionen ...) und für uns untereinander (Parteimitglieder, Interessenten, Umgang mit anderen Politikern ...) vor allem das Gebet um Einheit und dass wir die Einheit miteinander suchen.

Beten geht überall: allein im stillen Kämmerlein oder in Gemeinschaft, bei Veranstaltungen im Hinter- oder Vordergrund oder auch in unserem zweiwöchentlich stattfindenden Online-Gebetstreffen. Gerne können Sie die Einwahldaten über die Bundesgeschäftsstelle erfragen und ebenfalls unseren monatlich erscheinenden Gebetsbrief abonnieren.

Egal wo und wie: Ich ermutige zum weiteren und freudigen „Beten, Beten, Beten ...“.

Matthias
Thümmel

Mitarbeiter
Öffentlichkeitsarbeit



Spendenaufruf

Wir kennen das alle aus der Gemeinde: Am Schluss reicht man einen Korb durch die Reihen und alle werden schein-heilig. Routinierte Gottesdienstbesucher haben schon das Kleingeld daheim vorbereitet oder einen Geldschein gefaltet, damit die Sammlung störungsfrei verläuft. So ähnlich ist es hier: Kein Eindruck-Heft ohne Hinweis auf das Geld.

Zunächst aber danken wir Ihnen sehr herzlich für die vielen reibungslos verlaufenen Einzüge der jährlichen Beiträge und die vielen Überweisungen per Dauerauftrag. Wie immer kurz nach dem Jahresbeginn spült dies eine Menge Geld in die Parteikasse und bildet den Grundstock für die Finanzierung der Arbeit, für die Kosten der Geschäftsstelle, Löhne und Lohnnebenkosten der Mitarbeiter und so weiter. Wir haben ja im Herbst die Erhöhung der Beiträge heiß diskutiert und niemand hat diese Entscheidung auf die leichte Schulter genommen. Dabei ging es quasi nur um die Grundversorgung, um die Fixkosten und laufende Aufgaben und Verpflichtungen absichern zu können.

Für weiterführende Parteiarbeit sind wir aber weiter auf Ihre Spenden angewiesen. Denn wir wollen ja mehr: programmatische Arbeit, Veranstaltungen wie jetzt im Wahlkampf in Baden-Württemberg, Druckerzeugnisse wie dieses Eindruck Heft, Werbeartikel, Stände auf

Messen und Kongressen, fachliche Unterstützung durch Experten und Sprecher und so weiter. Das will finanziert werden und wir haben leider noch keinen Großsponsor gefunden, der uns das alles bezahlt. Darum danken wir Ihnen sehr, dass Sie sich mit Ihrer Spende daran beteiligen. Wir alle gemeinsam machen es möglich. Und (Groß-)Sponsoren sind natürlich herzlich willkommen, sprechen Sie uns an.

Für alle gilt: Spenden an Parteien sind beim Finanzamt steuermindernd anrechenbar. Zu Beginn jedes Jahres bekommen Sie einen entsprechenden Nachweis als Spendenbescheinigung.

Herzlichen Dank.

Hartmut Voss

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts **BIC** **Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)
Bündnis C – Christen für Deutschland

IBAN
DE60660501010108232562

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)
KARSDE66XXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN **08**

Datum **Unterschrift(en)**

Schreibmaschine: normale Schreibweise! Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Baden-Württemberg

Die Bundestagswahl hat auch uns in Baden-Württemberg einiges abverlangt. Die Aufstellungsversammlung mussten wir vom 01.02.2025 auf den 07.12.2024 vorverlegen. Innert kürzester Frist mussten 2000 Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. In der Hoffnung, dass das zu schaffen ist, mussten weitere, relativ spontane Aktionen geplant werden.

Bei der Aufstellungsversammlung konnten wir eine veritable Landesliste wählen.

In einer Sonntagsaktion drehten wir ein paar Sekunden Input für unseren Wahlwerbespot mit Hilfe guter Freunde.

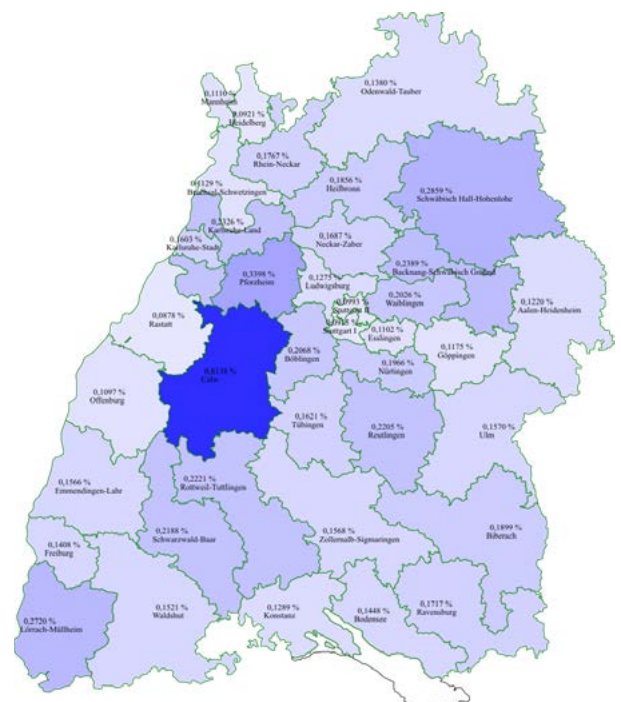
Mit Markus Bender als einzigem Direktkandidaten konnten wir vor Ort in Calw-Freudenstadt Wahlwerbung in Form von Infoständen und Infoabenden machen.

Insgesamt führte dies zu dem Endergebnis von 0,2% der Wählerstimmen in Baden-Württemberg, was dem



EINDRUCK – das Magazin für Politik von Bündnis C – Nr. 35 – 2025/1

Und wir danken unserem allmächtigen Gott für seine Führung und seinen Segen.



Ausblick Landtagswahl '26

Im Frühjahr 2026 werden die Wählerinnen und Wähler des Landes Baden-Württemberg einen neuen Landtag wählen. Wir als Landesverband werden dazu wieder antreten, sowohl mit einer Landesliste als auch mit Direktkandidaten in möglichst vielen der 70 Wahlkreise. Hierzu haben wir bereits erste Vorarbeiten begonnen und möchten hier informieren und zur Mitarbeit einladen:

- **Aufstellungsversammlung Landesliste:**
03. Mai 2025 in Karlsruhe – Einladung folgt.
- Aufstellungsversammlungen Direktkandidaten:
Ab sofort in Eurem jeweiligen Wahlkreis möglich. Bitte nehmt Kontakt mit dem Landesvorstand über die Geschäftsstelle auf (siehe unten).
- Sobald die Aufstellungsversammlungen durchgeführt und bei den Wahlämtern eingereicht sind, können die Unterstützungsunterschriften gesammelt werden.

Wir suchen:

- Interessierte Mitglieder, die bereit sind, sich zur Wahl aufstellen zu lassen. Dies kann als Listenkandidat oder als Direktkandidat in Deinem Wahlkreis sein.
- Unterstützer beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften
- Mitarbeiter beim Erstellen der thematischen Inhalte eines Kurzprogramms
- Mithelfer beim Erstellen und Verteilen von Werbematerial
- Spendensammler (Fundraising) und Spender ... und vieles mehr.

Du möchtest auf die eine oder andere Weise mithelfen, Politik christlich zu gestalten? Du hast Ideen, wie wir uns weiter sichtbar und bekannt machen können? Du hast Feedbacks? Dann nimm mit uns Kontakt auf über unsere Geschäftsstelle (margit.zieger@buendnis-c.de).

Wir freuen uns, bald von Dir zu hören.



Jürgen Graalfs

Landesvorsitzender
Baden-Württemberg

Bayern

10 Jahre Bündnis C – Rückblick und Ausblick

Der Landesverband Bayern gratuliert herzlich zum 10-jährigen Bestehen von Bündnis C und blickt dankbar auf eine bewegte und ereignisreiche Zeit zurück.

Die Fusion von PBC und AUF-Partei war ein bedeutender Schritt für die christliche Politik in Deutschland. Trotz der Herausforderungen, die mit der Neuausrichtung und strukturellen Veränderungen einhergingen, konnte der Landesverband Bayern erfolgreich bestehen bleiben und sich weiterentwickeln. Vor allem die Öffentlichkeitsarbeit wurde neu aufgestellt, um die Sichtbarkeit des Verbandes zu steigern.

Wie in jeder Veränderungsphase gab es Verluste, so mussten wir uns von einigen Mitgliedern verabschieden. Gleichzeitig konnten wir neue Mitglieder für Bündnis C gewinnen, die unsere Vision teilen und sich aktiv einbringen. Dieser Wechsel zeigt, dass unser Landesverband lebendig bleibt und sich weiterentwickelt.

Ein zentrales Ziel für die kommenden Jahre ist die verstärkte Nutzung der sozialen Medien. In einer zunehmend digitalen Welt ist es essenziell, politische Botschaften dort zu verbreiten, wo die Menschen aktiv sind. Der Instagram-Kanal des Landesverbands Bayern wird mittlerweile regelmäßig mit aktuellen Inhalten bespielt. Zusätzlich wurden YouTube-Videos sowie ein Podcast ins Leben gerufen. Wir möchten damit Menschen erreichen, zum Nachdenken anregen und ihnen eine christlich fundierte politische Alternative bieten.

Wir sind zutiefst dankbar für die vergangenen zehn Jahre, für alle Erfahrungen, für das Engagement unserer Mitglieder und Unterstützer sowie für Gottes Führung in allen Herausforderungen. Ohne die Treue und den Einsatz Vieler wäre unser heutiger Stand nicht möglich.

Mit großer Zuversicht und Vertrauen blicken wir auf die nächsten Jahre und setzen uns weiterhin dafür ein, dass christliche Werte in der Politik eine Stimme haben. Möge Gott uns auch in den kommenden Jahren leiten, stärken und neue Türen öffnen. Wir freuen uns auf die nächsten zehn Jahre Bündnis C – mit einer starken Präsenz, engagierten Mitgliedern und einer klaren Vision für die Zukunft!

Verena Thümmel
Landesschatzmeisterin Bayern

Offener Brief: Bitte um Unterstützung für religiös verfolgte Flüchtlinge in Deutschland

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Herr Innenminister Joachim Herrmann,

als christliche Partei möchten wir unsere tiefe Besorgnis über die aktuellen Entwicklungen in der deutschen Asylpolitik und Bürokratie zum Ausdruck bringen. Während wir die Notwendigkeit eines strukturierten und geordneten Asylverfahrens anerkennen, sehen wir mit Bedauern, dass religiöse Flüchtlinge, insbesondere jene, die aufgrund ihres Glaubens aus ihren Heimatländern fliehen mussten, oft mit erheblichen Schwierigkeiten konfrontiert werden.

Besonders betroffen sind christliche Flüchtlinge sowie Angehörige anderer religiöser Minderheiten, die aus Ländern stammen, in denen sie Verfolgung, Diskriminierung oder sogar Gewalt erfahren haben. Viele von ihnen haben alles zurückgelassen, um in Deutschland Schutz und Freiheit zu finden. Doch trotz Empfehlungsschreiben von Kirchen oder religiösen Gemeinschaften erleben wir, dass ihre besonderen Bedürfnisse häufig nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein Beispiel ist die Verlegung von christlichen Flüchtlingen oder Gläubigen anderer verfolgter Religionen in weit entfernte Regionen, wo sie keinen Zugang zu einer Gemeinde oder Gemeinschaft haben. Dies erschwert nicht nur ihre Integration, sondern kann auch als Missachtung der Bedeutung der Religionsfreiheit gewertet werden.

Zudem sind wir zutiefst besorgt über die zunehmenden Abschiebungen von Flüchtlingen, die aus religiösen Gründen verfolgt werden, in Länder, in denen sie erneut Gefahr für Leib und Leben befürchten müssen. Die Abschiebung in Staaten, in denen Christen, Jesiden, Bahai oder andere Minderheiten systematischer Unterdrückung ausgesetzt sind, widerspricht den grundlegenden Menschenrechten sowie den humanitären Werten, für die Deutschland und Europa stehen.

Unser Anliegen ist es nicht, die Entscheidungen der Regierung infrage zu stellen, sondern vielmehr einen respektvollen Dialog zu eröffnen, um eine Lösung zu finden, die sowohl den humanitären Grundsätzen Deutschlands als auch den Schutzbedürfnissen dieser Menschen gerecht wird. Wir appellieren an Sie, sich für eine Asylpolitik einzusetzen, die allen religiös Verfolgten Schutz bietet, ihre Glaubensfreiheit respektiert und sie nicht unnötigen Härten oder Gefahren aussetzt.

Wir wären dankbar für die Möglichkeit eines Austauschs, um gemeinsam Wege zu finden, diesen Men-

schen eine sichere und würdevolle Zukunft zu ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen

Pastor Evang. Freikirchliche Gemeinde (Baptisten)
Ingolstadt, 8. Februar 2025



Mohsen
Kornelsen

Landesverband
Bayern

Christen & Politik

Vortrag auf dem Landesparteitag in Fürth am 18.01.2025

Das Thema „Christen und Politik“ liegt mir sehr am Herzen und es ist m. E. extrem wichtig, weil es sich um unsere Wunsch-Stammwähler handelt, denen wir leider selten begegnen. Denn es gelingt uns nicht oft, dass wir in Kirchen oder Freikirchen über unsere politische Arbeit und auch über unsere Partei informieren können. Der Grund, weshalb wir dort kaum Einlass bekommen, ist sehr vielschichtig. Nur eines sei erwähnt: Es kommt auf die Schlüsselpersonen an, die dann ihre Leitungsgremien von ihrer Sichtweise überzeugen.

Das Thema bewegt mich deshalb, weil ich als Pastor diese Thematik selbst lange aus meiner Freikirche herausgehalten habe, um den Frieden zu wahren und den Fokus auf vermeintlich geistlicheren Themen zu belassen. Auch wenn in einer meiner Gemeinden mehrere Mitglieder in der Vorgängerpartei PBC aktiv waren, untersagte ich ihnen innerhalb der Gemeinde, darüber zu reden oder dafür zu werben, u. a., weil es auch Mitglieder gab, die anderen Parteien angehörten. Im Grunde genommen aber deshalb, um einen Konfliktpunkt weniger innerhalb der Freikirche haben. Ich wäre den Gegnern damals argumentativ kaum gewachsen gewesen.

Deshalb möchte ein paar meiner damaligen Argumente hier präsentieren und widerlegen. Vielleicht finden wir dadurch eine Möglichkeit, um mit den Schlüsselpersonen besser ins Gespräch zu kommen. Darüber

hinaus versuche ich, die Parteiakzeptanz und die Wählbarkeit in den Kirchengemeinden zu erhöhen.

Argument: Trennung von Staat und Kirche

Für mich persönlich war das Argument der Trennung von Kirche und Staat elementar. Das ist ein Argument, das ich von der Schule her kannte, ohne wirklich zu wissen, was dahintersteckt. Deshalb forschte ich im Laufe der Zeit ein wenig nach. Und tatsächlich: im Artikel 140 GG und im Artikel 137 Absatz 2 der Weimarer Reichsverfassung (WRV), die immer noch Gültigkeit besitzt, ist es tatsächlich verboten, dass der deutsche Staat eine Staatskirche unterhält, denn das würde der Religionsfreiheit widersprechen. Allein das hat historische Ursachen, deshalb ist die Trennung zwischen Staat und Kirche nicht ganz falsch. Unser Staat darf keine eigene Kirche unterhalten, aber er hat das Recht, Religionsgemeinschaften, so sie die Körperschaft des öffentlichen Rechts sind, gleichermaßen zu unterstützen, indem Sonderrechte wie z. B. Kirchensteuer oder sogenannte Kirchengengerichte erlaubt werden.

Argument: Königreich Gottes vs. Reiche der Welt

Das Königreich Gottes ist mit den Reichen dieser Welt nicht kompatibel. Bei mir klang es ein wenig anders: Als Pastor habe ich das Königreich Gottes zu vertreten und deshalb kann und werde ich keinem anderen Königreich dienen. Es war in meinen Augen ein Widerspruch, einerseits Botschafter Christi zu sein (2Kor 5,20) und mich andererseits in der Eigenschaft als Politiker als Volksvertreter zu engagieren.

In Endeffekt müssten wir Christen die Welt dann sofort verlassen, wie es Jesus in Johannes 17,15 thematisiert. Denn das Königreich Gottes steht sowohl den Reichen dieser Welt als auch der gesamten Gesellschaft diametral entgegen (Joh 18,36), wie Jesus selbst sagt. Deshalb sind alle Christen Gesandte und sollen so lange in dem Bereich wirken, in den Gott sie hineingestellt hat, solange sie noch wirken können (vgl. Joh 9,4).

In unseren christlichen Religionsgemeinschaften haben wir hingegen aus dem „Geh“-Auftrag Jesu (Mt 28,19; Mk 16,15) ein „Komm“ gemacht: Wir laden die Menschen ein, in unsere Kirchen zu kommen und nennen das Evangelisation. Der Missionsbefehl, wie er in Matthäus oder Markus steht, lautet jedoch: Geht in die ganze Welt!

Für „Welt“ werden in den beiden Evangelien unterschiedliche Begriffe verwendet, nämlich „kosmos“ und „ethnos“. Deshalb gehe ich davon aus, dass Jesus uns nicht nur in jede Volksgruppe oder Kultur sandte, wie

es meistens gepredigt wird, sondern wir sollen auch in unserem Land jede einzelne Gesellschaftsschicht für unseren Herrn und König erobern. Wir sollen die Gesellschaft mit der besten Botschaft der Welt erreichen!

Ansonsten kreieren wir eine Subkultur. Wir leben zwar in einer Kultur, aber wir bleiben in unserer kleinen Blase der Kirche, in der wir eine eigene Kultur bauen. Dadurch fallen wir in der Gesellschaft nicht länger auf, haben allerdings auch keinen Einfluss mehr, werden als irrelevant eingestuft oder als „Ewig-Gestrige“. Einflussbereiche der Gesellschaft sind: Glaube & Religion, Familie, Kunst & Kultur, Bildung, Regierung, Medien und Wirtschaft. Wenn wir Menschen, die wir erreichen, nur aus ihrem Einflussbereich herausholen, damit sie ihre Fähigkeiten und Gaben in der Kirche einbringen, verwirken wir unseren Einfluss auf die Gesellschaft. Auch wenn „eklesia“ die „Herausgerufene“ bedeutet, sollen wir aus der Gemeinde heraus die Gesellschaft durchdringen und Einfluss nehmen. Wir sollen die Menschen in ihren Einflussbereichen zu Jüngern Jesu machen und stärken.

Argument: Es ist wichtiger, Menschen zu Jesus zu führen, als Politik zu betreiben

Damit wird ausgedrückt, dass das eine das andere ausschließt. Mein Gegenargument ist weniger die Tätigkeit, sondern ich sehe die Rolle einer Person. Beispiel: Ein Ehemann geht gleichzeitig einem Beruf nach und ist Vater.

Oft wird das evangelistische Moment von Personen vorgeschoben, die es nicht umsetzen, denn schließlich gibt es das Amt des Evangelisten, der das tun soll. Allerdings gilt der Missionsbefehl, wie er in Matthäus, Markus und der Apostelgeschichte steht, jedem Christen – egal, welchem Beruf er nachgeht oder welche gesellschaftliche Stellung er hat.

Argument: Christen sind nicht von dieser Welt (Joh 17,14-16)

Deshalb sollen sie sich nicht mit Politik beschäftigen. Das ist aber ein Argument, weshalb sich Christen tatsächlich politisch engagieren sollten! Dazu lesen wir Johannes 17,15-18: „Ich bitte nicht, dass du sie aus der Welt wegnimmst, sondern dass du sie bewahrst vor dem Bösen. Sie sind nicht von der Welt, wie ich nicht von der Welt bin. Heilige sie durch die Wahrheit! Dein Wort ist Wahrheit. Wie du mich in die Welt gesandt hast, habe auch ich sie in die Welt gesandt.“

Für „Welt“ steht hier wieder „kosmos“. Deshalb sollten Christen, die eine Berufung für Politik verspüren, politisch aktiv werden. Hier wird betont, dass Gott uns in

die Welt sendet und nicht von der Welt separiert. Bedenkt man zusätzlich, dass Gott Regierungen ab- und einsetzt (Dan 2,20-22), sollten wir gerade deshalb noch viel mehr in der Politik aktiv werden, als uns von ihr zu trennen. Wenn Christen sich aus der Politik heraushalten, wird sie letztlich von anderen Ideologien und Weltanschauungen durchdrungen.

Argument: Politik ist nicht geistlich

In 1Korinther 10,31-32 steht: „Ob ihr nun esst oder trinkt oder sonst etwas tut, tut alles zur Ehre Gottes! Seid unanständig, sowohl für Juden als auch für Griechen als auch für die Gemeinde Gottes.“

Paulus argumentiert hier, dass alles, was wir tun, Gott ehren soll. Das stellt unser ganzes Leben auf den Kopf. Denn wieviel tun wir Christen, um selbst Ehre zu bekommen, um eine Machtposition zu erhalten oder weil es mir Vorteile bringt. „Prüft alles“ lautet die Jahreslosung für 2025, „das Gute behaltet“. Hier ist eine ehrliche Antwort für sich selbst erforderlich. Gemeindearbeit ist nicht geistlicher als politische Arbeit, sie ist nur anders gelagert. Alles, was nicht der Ehre Gottes dient, ist Götzendienst.

Argument: Keine Berufung

Ein sehr persönliches Argument ist das der Berufung. Um in die Politik gehen zu können, so sagt man, benötigt man eine spezielle Berufung. Allerdings stellt sich die Frage, was Berufung meint?

Mit der persönlichen Berufung ist einerseits die Leidenschaft und Hingabe für eine bestimmte Tätigkeit oder einen tieferen Sinn gemeint. Andererseits hat Gott jeden mit natürlichen und geistlichen Gaben beschenkt wie auch mit Fähigkeiten, die im Laufe des Lebens ent-

wickelt wurden. Wer über sein eigenes Leben nachdenkt und sich diese Punkte bewusst macht, kann leicht seine persönliche Berufung entdecken. Allerdings gibt es auch spezielle Berufungserlebnisse, die manchmal wenig mit dem vorher Erwähnten einhergehen.

In Bezug auf Politik erlebe ich immer wie-

der nach dem Gottesdienst leidenschaftliche Gespräche. Wenn wir diese Energie verwenden würden, um Politik mitzugestalten, wäre deutlich mehr zu erreichen. Das heißt natürlich nicht, dass sich jeder Christ in die Politik einbringen soll, sondern was Gott einem jedem aufs Herz legt.

Argument: Das Neue Testament enthält keine Anweisung, sich in der Politik zu engagieren

Im Alten Testament gab es bekanntlich mächtige Politiker, wie z. B. Josef oder Daniel. Der neutestamentliche Hebräerbrief führt einige dieser politischen Glaubenshelden des Alten Testaments auf. Damit bestätigt das Neue Testament, dass Gott Menschen die Anweisung gab, politisch aktiv zu sein.

Argument: Politik ist ein schmutziges Geschäft

Darunter verstehen die meisten, dass gelogen und betrogen wird, dass Korruption, Narzissmus und Geldgier an der Tagesordnung sind. Diese und andere Untugenden betreffen jedoch nicht nur die Politik; dort fällt es nur eher auf, weil die Akteure in der Öffentlichkeit stehen.

In Philipper 2,14-16a steht: „Tut alles ohne Murren und Zweifel, damit ihr tadellos und lauter seid, unbescholtene Kinder Gottes inmitten eines verdrehten und verkehrten Geschlechts, unter dem ihr leuchtet wie Himmels-Lichter in der Welt, indem ihr das Wort des Lebens festhaltet, ...“

Diese Anweisung gilt für die Christen überall in einer gefallen Welt. Wo leuchtet ein Licht heller als in der Dunkelheit?!

Erfolgsfaktor: Einheit

Vor der Wahl des Europa-Parlaments unterhielt ich mich mit einem guten Bekannten über Politik. Er sagte mir auf den Kopf zu, dass unser Problem die mangelnde Einheit sei. Wo es nicht zu einer Einheit komme, bleibt der Erfolg aus (Lk 11,17)!

Jesus betont, dass, wenn zwei eins werden, ihnen alles möglich sein wird (Mt 18,29-20). Einheit kann erreicht werden, wenn ich den anderen höher achte als mich selbst (Phil 2,3) und mich in Demut übe (Jak 4,10 u.a.).

Hilfreich empfinde ich, wenn ich mich selbst zurücknehme und höre, was mein Gegenüber zu sagen hat. Aufgrund seiner Geschichte hat er evtl. Aspekte in seinem Wissen, die mir fehlen. Solch eine Haltung befähigt, Sachverhalte differenzierter wahrzunehmen und somit qualitativ besser zu beurteilen. Manchmal muss



man dazu über seinen Schatten springen, aktiv auf die andere Person zugehen und um Vergebung bitten.

Einheit wird es niemals kostenfrei geben – Jesus hat sie sogar das Leben gekostet!

Erfolgsfaktor: Achte den anderen höher als dich selbst (Phil 2,3)

Viele Christen hören hier, dass wir uns gegenseitig unterordnen sollen (Eph 5,21). Und sie beginnen, sich selbst zu kasteien, klein von sich zu denken und entsprechend zu handeln. Betrachten wir das aber mal anders: Wenn ich den anderen groß mache, brauche ich mich nicht mehr klein machen. Wenn wir nicht die Fehler oder Charakterschwächen hervorheben, sondern die Stärken und Fähigkeiten betonen, achten wir den anderen. Wenn jeder das umsetzt, werden wir eine Spirale nach oben bekommen!

Das gilt auch für andere Parteien. Wenn wir darauf achten, was wir von ihnen lernen können, bringt uns das in eine andere Position.

Erfolgsfaktor: Verachte nicht die kleinen Anfänge (Sach 4,6-10)

Auch bei Bündnis C streben wir danach, in den Bundestag einzuziehen, weil wir dort am meisten bewegen können – so höre ich immer wieder. Aber wir werden von der Bevölkerung nicht wahrgenommen, weil wir nicht oder nur bedingt das Volk sehen. Wir dürfen die Menschen nicht nur als Wähler sehen, sondern als die Menschen, die wir vertreten wollen oder sollen.

Deshalb engagiere ich mich zurzeit als Bewerber für zwei Interessenvertretungen. Die Leute wählen Personen, die sich für sie einsetzen. Deshalb sollten wir die kleinen Anfänge nicht vergessen, wo wir unten anfangen, Menschen mit unserer Politik zu faszinieren. Das ist sowohl für das Königreich Gottes lukrativ als auch für unsere Partei.



Hessen

7. Oktober – ein Jahr danach

Infostand der Fraktion „Christen für Osthessen“ im Kreistag Fulda

Seit den Kommunalwahlen 2021 in Hessen bin ich für Bündnis C Kreistagsabgeordneter im Landkreis Fulda und bilde seit Oktober 2023 mit Jens Mierdel (ehem. Vorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion) und Anton Rummel (Bürger für Osthessen) die Fraktion „Christen für Osthessen“. Am 07.10.2024, dem Jahrestag des Massakers der Hamas, fand in der T.V. Halle in Fliesen eine ordentliche Sitzung des Kreistages statt. Wir nutzten die Gelegenheit, vor der Sitzung mit einem Infostand die Kreistagsabgeordneten auf dieses Ereignis aufmerksam zu machen. Vorab habe ich alle Kreistagsabgeordneten wie folgt informiert:

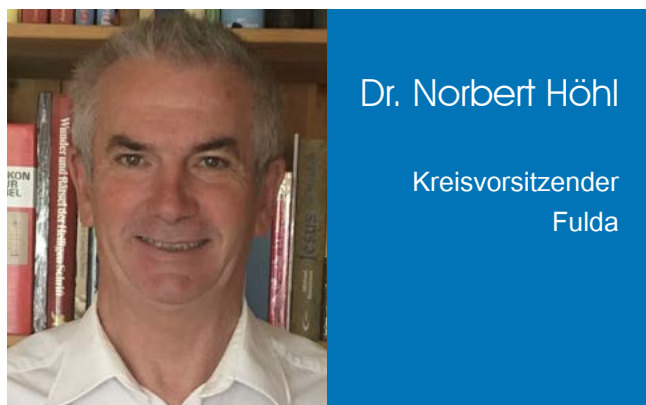
Sehr geehrte Damen und Herren Kreistagsabgeordnete, liebe Kollegen,

am 7. Oktober 2024 jährt sich der bestialische Überfall der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung. Es war der grausamste und folgeschwerste Angriff auf Juden seit dem Holocaust. An diesem Tag hat die Hamas unter dem Jubel der Massen in den Straßen Gazas ihre jahrelangen Drohungen wahr gemacht: Sie hat Babys abgeschlachtet, Frauen vergewaltigt, ganze Familien bei lebendigem Leibe verbrannt, Hunderte Zivilisten als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt, mehr als 1 200 Israelis getötet und einen Krieg provoziert, der die ganze Region erschüttert und täglich neue Opfer auf beiden Seiten fordert. Viel zu viele Familien trauern um ihre Väter, Ehemänner, Söhne und Töchter. Das Leid ist auf beiden Seiten unbeschreiblich. Dennoch hören die Feinde Israels nicht auf, dieses kleine Land weiter anzugreifen. Die Hamas im Gazastreifen, die Hisbollah im Libanon, die Huthis im Jemen, Terrorgruppen im Iran und gewaltbereite Palästinenser in Judäa und Samaria lassen Erez Israel nicht zur Ruhe kommen. Noch immer befinden sich über hundert Israelis in Geiselhaft in Gaza. Es ist ungewiss, wie viele von ihnen noch leben. Wir dürfen sie nicht vergessen!

Deshalb erinnern wir als Kreistagsfraktion „Christen für Osthessen“ am morgigen Montag, 07. 10. 2024 vor Beginn der Kreistagssitzung ab 13 Uhr in einer Gedenkveranstaltung auf dem Parkplatz vor der T.V. Halle in Fliesen an das Massaker der Hamas in Israel vor einem Jahr. Mit Fotos und Plakaten der Geiseln,

die noch immer im Gazastreifen festgehalten werden, mit Gebet, einem Augenzeugenbericht und einer Gedenkminute machen wir uns eins mit den Opfern sowohl auf arabischer als auch auf israelischer Seite und rufen Sie als Kreistagsabgeordnete in diesen schweren Zeiten zur Solidarität und Freundschaft mit Israel und unseren jüdischen Mitbürgern auf. [...]

Für Ihr Interesse danke ich Ihnen sehr und grüße Sie herzlichst im Namen der Fraktion „Christen für Ost-hessen.“



Gedenkveranstaltung in Fulda

Nach unserem Einsatz vor dem Kreistag in Fliesen fuhren wir noch am gleichen Tag zu einer weiteren Gedenkveranstaltung auf dem Universitätsplatz in Fulda. Aus Israel hatte ich 20 Fotos und Plakate von den 101 Geiseln mitgebracht, die noch immer im Gazastreifen

festgehalten werden. Wir stellten ca. 40 leere Stühle auf, 20 von ihnen mit den Fotos der Geiseln und die anderen 20 leer als Erinnerung an die bereits getöteten Geiseln. Dazu trugen wir zahlreiche Israel-Fahnen sowie gelbe Fähnchen, Schleifen und Anstecker, die symbolisch zur Freilassung der Geiseln auffordern.

Außerdem hatte ich silberne Halsketten aus Israel mitgebracht, die die Soldaten sonst zur Identifizierung tragen, mit der hebräischen Aufschrift „HeLew schelanu schawui be'Asa – Unser Herz ist gefangen in Gaza“ und der englischen Aufschrift „Bring them home now – Bringt sie jetzt nach Hause“ – als Ausdruck der Solidarität mit den unschuldigen israelischen Gefangenen in Gaza und mit dem Appell an das israelische Militär und die Politiker, alles daran zu setzen, die Geiseln so schnell wie möglich zu befreien.

Ich habe einige Lebens- und Leidensgeschichten der Geiseln auf den Fotos erzählt und Augenzeugenberichte ihrer Angehörigen und anderer Überlebender vorgetragen, die ich teilweise persönlich in Israel getroffen habe. Wir hörten israelische Lieder, trugen Psalmen und Gebete vor und gedachten in einer Schweigeminute der Opfer des Massakers. Zahlreiche Passanten hörten den Berichten interessiert zu und bekundeten ihre Solidarität. Einige stellten Nachfragen zum persönlichen Ergehen der Geiseln, zur aktuellen politischen Lage in Israel und zu meinen eigenen Erfahrungen während des Krieges, auf die ich gerne eingegangen bin.

Talita Höhl
Kreisverband Fulda



40 leere Stühle erinnern an die israelischen Geiseln in Gaza

Der 7. Oktober 2023 in Israel

Augenzeugenbericht auf dem Landesparteitag Hessen

Auf dem Landesparteitag am 26. 10. 2024 in Eschwege durfte ich als Augenzeugin über die aktuelle Situation in Israel berichten, nachdem ich 14 Monate von Ende Juli 2023 bis Ende September 2024 an der Hebräischen Universität Jerusalem studiert hatte. Schwerpunkt meiner Studien war zunächst der Spracherwerb von Aramäisch und Modern-Hebräisch (abgeschlossen mit dem Ptor, der höchsten akademischen Sprachstufe) sowie rabbinische Literatur mit Fokus auf Talmud (Mischna und Gemara – spätantike jüdische Schriften als Grundlage des heutigen religiösen Judentums) und Midraschim (außerbiblische Erzählungen). Daneben habe ich auch Kurse in Archäologie, Mikra (Altes Testament) und zum Neuen Testament aus jüdischer Sicht besucht. Die Veranstaltungen und Prüfungen waren auf Hebräisch.

Außerdem habe ich eine Ausbildung zur Rettungssanitäterin (EMT – Emergency Medical Technician) in der Organisation Ichud Hatzalah gemacht, bei der ich schnell Freundschaft vor allem mit ultraorthodoxen Juden schließen konnte. Unsere Patienten kamen aus unterschiedlichen religiösen und sozialen Hintergründen, und ich lernte bald, die Theorie von Regeln aus dem Talmud auch im echten Leben praktisch umzusetzen. Wenn nämlich unser Notfall, zu dem wir gerufen wurden, nicht unmittelbar das Leben bedrohte, bestanden viele Patienten auf die Einhaltung bestimmter religiöser Regeln, auf die wir als Rettungssanitäter natürlich Rücksicht nehmen mussten. Das war sehr spannend und ich bin dankbar, dass ich auch diese Erfahrungen in Israel machen durfte.

Was mich aber während meines 14-monatigen Aufenthalts in Israel am meisten beeinflusst hat und jetzt in Deutschland immer noch aufs Äußerste belastet, ist der Krieg. Der 7. Oktober 2023 veränderte mein und unser aller Leben für immer. Danach war die Welt einfach eine andere. Es fällt mir heute noch schwer, in Worte zu fassen, wie ich diesen Tag und die darauffolgenden Wochen und Monate erlebt habe.

Ich erinnere mich an den Schock, als ich erfuhr, dass islamische Terroristen den Zaun vom Gazastreifen nach Israel durchbrochen und in den israelischen Dörfern und Kibbuzim an der Grenze zum Gazastreifen ein fürchterliches Massaker angerichtet hatten. Ich erinnere mich an die Fassungslosigkeit, die verstörenden Bilder und Videos, die die grausame Wahrheit unge-



Am Yisrael Chai – Das Volk Israel lebt

schminkt zeigten, die völlig verängstigten Blicke der Familien, die in ihren eigenen Häusern abgeschlachtet wurden, an das viele Blut, die zahllosen Leichen und ausgebrannten Autos und die Frage, wie so etwas nur geschehen konnte. Ich erinnere mich auch daran, wie meine deutschen Mitstudenten fluchtartig das Land verließen und viele Leute aus Deutschland mich bedrängten, Israel schnellstmöglich zu verlassen. Aber ich wollte bleiben. Zu gehen war für mich nicht der richtige Weg. Was hätte ich in Deutschland tun können? Ich hätte mich völlig fehl am Platz gefühlt. Ich wollte meine israelischen Freunde trösten und nicht verlassen. Für mich war Israel der richtige Ort, wo ich sein musste.

Jeden Tag sah ich den Schmerz und die Trauer der Israelis. Ich sah, wie sie unfähig waren zu verarbeiten, unfähig zu verstehen, unfähig zu trauern. Freunde und Familienangehörige waren plötzlich nicht mehr da, manche von ihnen grausam ermordet, andere als Geiseln verschleppt. Ob sie noch lebten, war ungewiss. Auch mein Nachbar war unter den Geiseln, die nach Gaza verschleppt wurden. Viele Wochen haben wir um ihn gebangt und für seine Freilassung gebetet. Doch dann kam die traurige Nachricht, dass er von den Terroristen ermordet worden war.

Der Schmerz saß tief, aber es gab keine Zeit zu trauern. Hunderttausende mussten ihr Zuhause verlassen. Soldaten und Reservisten aus dem ganzen Land wurden in den Süden und Norden des Landes geschickt,

um für das Überleben Israels zu kämpfen. Ihre Angehörigen bangten besorgt um ihre Gesundheit und ihr Leben. Raketenalarm, Berichte von Einschlägen, Toten, Verletzten, immer mehr Bilder und Informationen über das, was am 7. Oktober geschehen war, Videos von Geiseln in Gaza, grausame Ermordungen und Folter, junge Mädchen blutüberströmt neben den Leichen ihrer Freunde und Familien. Und jeden Tag mehr davon.

Umso verstört und geschockt war ich über das palästinensische Narrativ, das seinen Weg bis in die westlichen Medien gefunden hat: Es verdreht die Wahrheit, indem es die Gewaltverbrechen der Hamas relativiert, Israelis als Kolonialisten und mordende Hamas-Terroristen als unschuldige Freiheitskämpfer darstellt, und das in einer aggressiven und verletzenden Wortwahl gegenüber Juden und dem Staat Israel. Sogar die Vergewaltigung von israelischen Frauen wird geleugnet, obwohl die Hamas ihre grausamen und hasserfüllten Verbrechen mit Videoaufnahmen selbst dokumentiert und im Internet publiziert hat. Tatsache ist, dass 1 200 Menschen während des blutigen Massakers an der israelischen Zivilbevölkerung brutal ermordet, Frauen vergewaltigt und verstümmelt und Hunderte unschuldige israelische Zivilisten in den Gazastreifen entführt wurden, wo einige von ihnen grausam gefoltert und ermordet, andere bis auf den heutigen Tag unter schlimmsten Bedingungen gefangen gehalten werden.

Das Leid ist so groß. Aber damals konnten wir noch nicht trauern. Auch jetzt noch nicht, nicht so. Das braucht Zeit und Ruhe, die Israel nicht hat, denn der Schrecken ist noch nicht vorüber.

Ein Jahr später scheinen die Israelis ihren Alltag normal weiterzuleben. Aber wer (genauer) hinsieht, erkennt, dass es still ist, immer noch totenstill, freudlos, leblos. Die Leute lächeln, aber ihre Augen sind leer. Angst und Tränen sind ihr täglich Brot. Der Schock sitzt immer noch tief. Und ich bin mir sicher: solange dieser Krieg noch tobt, wird Israel in dieser Schockstarre bleiben. Die Menschen funktionieren nur noch, langsam gewöhnen sie sich an diese Angst, die schleichend in ihre Herzen kriecht. Aber eine wirkliche Trauer mit Aufarbeitung des Erlebten vom 7. Oktober und der Schrecken des Krieges danach, ein Loslassen der Toten, Trost, Heilung, vielleicht ein Neuanfang, das alles ist noch weit entfernt. Jetzt müssen sie erst einmal diesen Krieg überstehen, dann können sie vielleicht über ein Danach reden.

Ich wusste, dass es schwer sein würde, Israel „mitten-drin“ zu verlassen. Nur weil ich weggehe und vielleicht

wegschauen kann, ist das Leid nicht vorbei. Es würde schwer sein, nach Deutschland zurückzukommen und von 80 Millionen Nahostexperten die Welt erklärt zu bekommen, Vorwürfe, wie ich nur so lange im Kriegsgebiet bleiben konnte, und Schuldzuweisungen, was Israel ihrer Meinung nach alles falsch macht. Deshalb habe ich mich dafür entschieden, nach dem Semesterende noch zwei Monate länger in Israel zu bleiben, um mich schrittweise von meinen Freunden zu verabschieden und mich langsam mit der Wahrnehmung des Krieges durch deutsche Medien auseinanderzusetzen, um in Deutschland keinen allzu großen Schock zu erleben. An dieser Stelle möchte ich meiner Familie und der Jesus Haus Gemeinde Fulda danken, die unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 ihre Sorge und Angst um mich mit mir teilten, aber meine Entscheidung, in Israel zu bleiben, respektierten und weiter für mich beteten. Sie waren eine große Stütze für mich. Sie halfen mir, wieder neu in Deutschland anzukommen und das Erlebte zu verarbeiten.

Wenn ich jetzt auf meine Zeit in Israel zurückblicke, bin ich vor allem dankbar, dass ich dort sein durfte, auch und gerade in dieser für ganz Israel schweren Zeit. Ich bin dankbar, dass ich Hebräisch lernen konnte, Talmud studieren durfte und Freundschaften geschlossen habe. Ich weiß, dass meine Einsätze als Rettungssanitäterin mit dem Krankenwagen und als freiwillige Erntehelferin auf den Feldern Israel nicht maßgeblich unterstützt haben. Die Israelis hätten es auch ohne mich gut geschafft und werden es auch weiterhin ohne mich schaffen. Aber für diejenigen, mit denen ich gesprochen habe, die ich versucht habe zu trösten, deren Schmerz ich geteilt, deren Geschichten ich gehört und an deren Schicksal ich Anteil genommen habe, für sie und für mich macht es einen Unterschied und wird mein Leben nachhaltig prägen.



Talita Höhl

Kreisverband Fulda

Niedersachsen

Landesparteitag Niedersachsen

Am 15. März 2025 fand im Café Jerusalem im Haus der Hoffnung in Hannover der Landesmitgliederparteitag für Niedersachsen statt. 15 Mitglieder und 5 Gäste trafen sich in gemütlichem Ambiente, liebevoll mit Keksen und Kaffee, Kuchen und einem guten Mittagessen versorgt.

Der Landesvorsitzende Thomas Wiethe und Emil Weigand führten zunächst durch die Formalien und Berichte. Dann folgte ein beeindruckender Impulsvortrag von Hans Martin Konzelmann, dem Landesvorsitzenden in Schleswig-Holstein. Es ging um Gesundheits- und Sozialpolitik bei Bündnis C und es wurde deutlich, dass hier unser Herz schlagen muss. Diakonie, so sagte er, sei die Kernkompetenz des Christseins. Nirgendwo können wir unseren Mitmenschen die Botschaft des Evangeliums und ihre lebens- und gesellschaftsverändernde Wirklichkeit so überzeugend näher bringen wie in der Sorge um unsere Nächsten. Das erfordert Organisationen, die zu ihren christlichen Werten stehen und sie leben. Es erfordert aber auch den Einsatz jedes Einzelnen von uns im Zusammentreffen mit Freunden, Nachbarn und Bürgern. Nur eine konsequente Umsetzung unseres Glaubens ins Handeln kann für die Menschen unsere Überzeugungen greifbar und praktisch werden lassen. Wenn wir authentisch sind, dann bedeutet das auch, dass wir Spannungen aushalten müssen. Und nicht zuletzt liegt unsere große Aufgabe im politischen Gefüge darin, Brückenbauer zu sein. Nicht die Konfrontation und die Demütigung des Gegenübers darf unser Ziel sein, sondern vielmehr Gräben zu schließen und Mauern einzureißen im Sinne einer förderlichen Sacharbeit zum Wohle unseres Landes.

Der Rest des Tages diente der Diskussion verschiedenster Aspekte unserer Parteiarbeit und der 2026 an-

stehenden Kommunalwahlen in Niedersachsen. Es wurden Ideen entwickelt, die Bündnis C voranbringen sollen. Schnell wurde dabei deutlich, dass die Mitgliederwerbung im Vordergrund stehen muss. Nur so können die Fülle von Aufgaben und letztlich auch Kandidaturen personell umgesetzt werden. Hierzu sollen Stammtische für Bürgergespräche und eventuell Hilfsangebote organisiert werden.

Gleichzeitig wollen wir unsere Präsenz im öffentlichen Raum über die Nutzung vieler Kanäle (Social Media, Presse, Flyer usw.) intensivieren und auch Demos oder Stände auf Märkten und Veranstaltungen nutzen, um unsere Partei weiter bekannt zu machen. Im Gespräch wurde klar, dass eine gezielte Bündelung der bei den Parteimitgliedern vorhandenen Kenntnisse wünschenswert wäre, um unsere Bemühungen schnell und effektiv umzusetzen. Für tiefgehende Bürgergespräche wünschen sich einige Mitglieder darüber hinaus eine Zusammenstellung detaillierter Ausarbeitungen zu den Themen des Grundsatzprogramms in einem handlichen Kompendium. Dies würde die Vorbereitung und eine überzeugende Gesprächsführung sehr erleichtern.

Am Ende gab uns Thomas Wiethe hierfür einen Elevator Pitch an die Hand, der unsere Parteiarbeit kurz beschreibt. Wir stehen für Nachhaltigkeit, Familie, Bürokratieabbau, innere Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Wir sind Brückenbauer für eine gute Sacharbeit. Bei der Nachlese zur Bundestagswahl kam er darauf zu sprechen, dass 22 % der Jugendlichen Kleinparteien gewählt haben. Einer der Gründe hierfür war der Gedanke, die Gesellschaft durch kompromisslose Statements neu prägen zu können. Und hier, so sagte er, läge unsere Chance. Da wir klein sind, müssen wir nicht stetig Kompromisse eingehen. Unser Privileg ist es, kompromisslos für das eintreten zu können, woran wir glauben. Mit dieser ermutigenden Botschaft gehen wir nun mit der Hilfe unseres Herrn gemeinsam an die Arbeit.



Gudrun Flindt

Stellvertretende
Kreisvorsitzende
Gifhorn-Peine



Neugründung Kreisverband Gifhorn-Peine

Nachdem aus Altersgründen im Herbst 2024 die Kreisverbandsarbeit in Gifhorn-Peine beendet werden musste, konnte im März 2025 ein neuer Verband gegründet werden.

Der neue Kreisvorstand Gifhorn-Peine besteht aus:

- dem Vorsitzenden Klaus-Dieter Schlottmann (Gifhorn)
- der Stellvertreterin Gudrun Flindt (Peine)
- und dem Schatzmeister Alexander Flindt (Peine).

Neben der Aktivierung der Online-Tätigkeit sollen Kirchgemeinden verschiedenster Couleur angeschrieben und mit Leitungen das Gespräch gesucht werden. Hierbei ist uns wichtig, das Menschenbild, das Gott von uns hat, wieder neu in den Blickpunkt zu rücken.

Klaus-Dieter
Schlottmann

Kreisvorsitzender
Gifhorn-Peine



Politischer Stammtisch in Osnabrück

Seit Oktober 2024 sind wir als Kreisverband Osnabrück Stadt und Land dabei zu überlegen, wie wir Bündnis C in unserer Region bekannter machen können. Ein Mitglied aus Osnabrück hat Kontakt zu einer Pastorin von der Heilsarmee aufgenommen, die offen ist, Bündnis C-Treffen in ihren Räumen zu gestatten. Im Dezember hat die Heilsarmee die neuen Räumlichkeiten in der Innenstadt von Osnabrück selbst bezogen. Ab April 2025 werden die Räume soweit hergerichtet sein, dass wir einen Probelauf machen können.

In diesen Gemeinderäumen wird ein Café eingerichtet, wo wir dann testweise mit dazukommen, um zu schauen, ob wir politisch Interessierte in das Café einladen können. Ziel ist, einen politischen Stammtisch anzubieten, um mit Interessierten über das politische Geschehen ins Gespräch zu kommen und unsere christlichen Positionen von Bündnis C mit einzubringen.

Werbung planen wir über mehrere Lokalzeitungen vor Ort und Mundpropaganda. Wir sind eine Gruppe von fünf bis acht Bündnis C-Mitgliedern und Interessierten, die bei der Aktion mitmachen wollen. Über etwaige Resultate kann ich im nächsten EINDRUCK Heft berichten. Betet gerne mit für dieses Anliegen, dass Frucht daraus entsteht.

Hermann
Bohnenkamp

Kreisvorsitzender
Osnabrück



Mecklenburg-Vorpommern

Zehn Jahre Bündnis C –
Darum gibt es uns noch immer!

„Muss es uns überhaupt noch geben?“ Meinte jemand auf der Kreisversammlung. Ich wollte zu dem Zeitpunkt nicht näher darauf eingehen, besser das Thema wechseln. Trotzdem: Muss es Bündnis C noch geben?

Ich bin absolut davon überzeugt, dass es wichtiger denn je ist, dass es unsere Partei gibt, dass vielleicht gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass wir wirksam werden sollen.

Leider konnten wir nicht flächendeckend an der Bundestagswahl teilnehmen. Möglicherweise sollte das so sein, um deutlich zu erkennen, was in unserem Wahl- und Parteiensystem und im Land im Argen liegt. Die einen wollen die Wirtschaft und die Verteidigungsfähigkeit stärken. Die anderen wollen das Klima retten. Die nächsten wollen Frieden ... Wir wollen doch alle Frieden.

Vielleicht ist der Vergleich vermessen, aber manchmal kommt mir Bündnis C vor wie das Volk Israel. Es ist klein, aber es ist das Wichtigste. Angriffe muss man in so einer Position aushalten. Insofern können wir froh sein, dass es gegen uns nur Worte oder Ignoranz sind, dagegen haben wir eine geistliche Waffenrüstung. Zum Beispiel gibt es den Altjournalisten Peter Hahne. Als ich mich als Bündnis C-Mitglied zu erkennen gab

und ihn darauf ansprach, warum er die AfD so massiv unterstütze, meinte er: Er unterstütze keine Partei, erst recht keine Kleinpartei, die anderen die Stimmen wegnehmen würde. Also kannte er Bündnis C ganz genau. Was sagt die Bibel von so klugen Leuten? Vielleicht wird er sich noch wundern.

Kommen wir zurück auf die Anfänge von Bündnis C. PBC und AUF hatten ein gemeinsames Grundsatzprogramm erarbeitet. Der gute Wille war da, auch das Ziel, noch andere kleine Parteien mit christlicher Ausrichtung dazu zu holen. Trotzdem dauerte es einige Jahre, bis sich ein gemeinsamer Geist entwickelt hat. Bis heute gibt es hin und wieder Diskussionen über die Ausrichtung, über die wir lange hinausgewachsen sind und von denen wir uns nicht lähmen lassen dürfen.

Vor der Gründung von Bündnis C wanderten einige aus den Vorgängerparteien zu den Alternativen ab. Das Argument: „Da kann man was erreichen.“ Ja, es gibt ähnliche Ansichten über bestimmte politische Themen, die Christen von einer Regierung erwarten. Nur hinter den Kulissen herrscht eine andere Macht. Sehenden Auges nehmen Christen das in Kauf und schon ist man auf der falschen Seite.

Manche neuen Parteien sind in den 10 Jahren an Bündnis C vorbeigezogen, andere wieder in der Versenkung verschwunden. Und doch: ER ist in den Schwachen mächtig. Darauf verlassen wir uns. Es wird unsere Zeit kommen, wo wir nicht nur als „Rufer in der Wüste“ gehört werden, weil die Menschen merken, etwas anderes hilft nicht mehr, die so Klugen sind am Ende. Das ist der Grund, weswegen es uns noch gibt. Wir sehen wach in die Zukunft und sind bereit für die nächsten Herausforderungen: Landtagswahlen stehen an.

Ute Büschkens-Schmidt

Stellvertretende
Landesvorsitzende
Mecklenburg-
Vorpommern



Sachsen

Ein persönlicher Rückblick auf sechs Jahre Bündnis C in Sachsen

Wir, mein Mann Janko Vieweg und ich, schauen dankbar auf fünfeinhalb Jahre zurück seit unserm Parteibeitritt im Oktober 2019. Als aufmerksame, politisch denkende Menschen wollten wir von da an die Parteiarbeit als gemeinsames Eheprojekt realisieren.

Bei der sächsischen Mitgliederversammlung in Chemnitz/Röhrsdorf am 09.11.2019 lernten wir aktive Parteimitglieder kennen sowie unseren derzeitigen Landesvorsitzenden Thomas Lamowski. Er ist von der ersten Stunde an engagiert dabei, seit 1990 die PBC, eine der beiden Vorläuferparteien, den Landesverband Sachsen ins Leben gerufen hatte.

Wir waren uns einig, dass wir uns investieren wollen, weil uns christliche Politik und die Einbeziehung von Gott, z. B. im Gebet, sehr wichtig sind. Der Bundesparteitag im Allianzhaus in Bad Blankenburg am 30.11.2019 mit der Bundesvorstandswahl war für mich hochinteressant, so dass ich mich gleich als Wahlhelferin engagierte.

Beim folgenden Landesparteitag am 07.03.2020 in Nossen wurde Janko Beisitzer im sächsischen Landesvorstand. Zu Beginn der Corona-Zeit entdeckte unser Vorstand, wie dankbar wir für „Zoom“ sein können, da diese Technik die Telefonkonferenz ablöste und Vorstandssitzungen sehr erleichtert wurden.

Unser nächstes Highlight war die Bundestagswahl 2021. Wir hatten zwei Direktkandidaten: Simon Hausstein (Marienberg) und Janko Vieweg (Dresden 1). Die pandemiebedingt auf ein Viertel reduzierte Zahl der Unterstützungsunterschriften für Liste und Direktkandidaten war machbar.

Der Kandidatencheck mit unseren politischen Statements beim MDR war für mich als Listenkandidatin sehr aufregend, das Aufhängen von Plakaten unglaublich kraft- und zeitaufwendig. Aber stolz waren Janko und ich auf sein Plakat „Politik mit Herz und Hirn“ im Wahlkreis 159. Jeder Direktkandidat hatte eine eigene Webseite. Unsere sächsischen Parteimitglieder und Unterstützer haben tatkräftig mitgewirkt, auch bei allen folgenden Wahlen. Wir danken Euch und freuen uns immer wieder über jede helfende Hand!

Wenn wir unsere Bündnis C-Werbung mit hervorragenden Slogans wie „Ehrlich, Versöhnend, Innovativ“ gemeinsam an verschiedenen Orten anbringen – im Bewusstsein, Gott an unserer Seite zu wissen – dann



ist der Wahlkampf sehr sinnvoll, obgleich die Wahlergebnisse bisher immer ernüchternd waren und möglicherweise zukünftig auch bleiben.

Vor drei Jahren wurde ich zur Landesschatzmeisterin gewählt. Ich mag diese Aufgabe sehr, da ich von Antje Steffes vieles über Buchhaltung einer Partei lernen konnte und meine kaufmännische Weiterbildung zur Anwendung kommt. Sehr dankbar bin ich für unsere Spender und Spenden in dieser Zeit. Es konnte viel investiert werden.

Im März 2023 fand ein thematischer Landesparteitag in Chemnitz zur Vorbereitung auf das Wahljahr 2024 mit über 15 Teilnehmern (zuvor immer unter zehn) statt. Jedes Vorstandmitglied bereitete ein Kurzreferat vor, z.B. zum Kommunalwahlrecht – ein Qualitätssprung im Vergleich zu vergangenen Treffen. Unser langjähriger Parteifreund Andreas Türpe meinte: „Es ist der schönste Parteitag, den ich je in den Jahren erlebt habe“.

Dann kamen das herausfordernde Megawahljahr 2024 und die ernüchternden Wahlergebnisse von Europa- und Landtagswahl.

Aber suchen wir einmal gemeinsam all das Positive, das durch Gottes Hilfe möglich wurde:

Wir Vorstandsmitglieder sind freundschaftlich und im Gebet verbunden. Die Arbeit ist professioneller geworden. Genehmigungen von Behörden wurden zeitnah ausgestellt, Probleme lösungsorientiert behoben usw.

Etwas Besonderes war die Sachsentour mit unserem hessischen Parteifreund Dr. Norbert Höhl. In diese große organisatorische Aufgabe habe ich mich nach Kräften eingebracht. In 17 Städten hatten wir einen Stand für jeweils drei Stunden. In den Partei-Gebetszeiten tauchte dabei der Gedanke auf:

„Wir spannen mit unserer christlichen Politik auf diesen Marktplätzen einen himmlischen Bogen über Sachsen, dass die politischen Werte von Bündnis C zur Ehre Gottes sichtbar werden!“

Die Zahl der Parteimitglieder in Sachsen dürfte sehr gerne noch wachsen. Einige Mitglieder aus der Zeit vor dem Zusammenschluss zu Bündnis C sind nicht mehr dabei, andere gaben nach kurzer Dauer auf. Andererseits erhielten wir zehn neue Mitglieder, die sich mit uns in einer WhatsApp-Gruppe austauschen und sich politisch einbringen wollen. Dies sehen wir nicht zuletzt als Erhöhung unserer Gebete. Der Landesverband Sachsen hat z.Z. 51 Parteimitglieder sowie über 30 Freunde und Unterstützer. Voll Hoffnung streben wir ein weiteres Wachstum an Aktiven für das große Wahljahr 2028 an.

Zum Schluss ist zu sagen: Danke allen, die sich aktiv beteiligen und mit ihren unterschiedlichsten Gaben, Fähigkeiten und Gebeten den Landesverband Sachsen verkörpern, denn für uns ist es nicht nur politische Arbeit, sondern auch ein Dienen zur Ehre Gottes.

Ich glaube, unser himmlischer Vater schaut Bündnis C – Christen für Deutschland an und sagt:

„Weiter so! Ich, der HERR, segne eure Arbeit und gebe euch Kraft für die zukünftigen Jahre. Zeigt euch durch professionelle gute Webseiten, Instagram, Tiktok und YouTube, durch öffentliche politische Veranstaltungen mit bürgernahen Themen, Vernetzungen der Parteimitglieder und Freunde und schreibt Petitionen. Ihr seid mein kleines Licht in den politischen Stürmen Deutschlands und Europas.“

Zurzeit bewegt uns im Landesverband die Reform des Rundfunkbeitrags (früher GEZ), und ob eine von uns lancierte Petition an den Bundestag wohl in sechs Wochen 30 000 Unterzeichner erreichen könnte. Was haltet ihr anderen Landesverbände davon, dieses Thema deutschlandweit anzugehen?



Eva Vieweg

Landesverband
Sachsen

Rheinland-Pfalz

Gedanken zur Landtagswahl 2026

Kürzlich sind mir bei einem Abendspaziergang ein paar Gedanken zu der bei uns im Frühjahr 2026 anstehenden Landtagswahl durch den Kopf gegangen.

Zuallererst: Was für eine **Leitvision** haben wir eigentlich für unser Bundesland, in dem wir als Christen antreten und für das wir politische Mitverantwortung übernehmen wollen? Und ich meine nicht nur rein politisch, sondern auch geistlich. Spontan kam mir ein Bibelvers in den Sinn, der mir im Januar 2021, also mitten in der Hochphase der Corona-Zeit, wichtig wurde: „*Seht, ICH wirke Neues! Es wächst schon auf. Merkt ihr es nicht? ICH bahne einen Weg durch die Wüste, lege Ströme in der Einöde an.*“ (Jesaja 43,19)

Schon damals fand ich dieses Wort Gottes sehr ermutigend, aber zugleich auch sehr herausfordernd, weil die äußerlichen Gegebenheiten ja ganz anders aussahen, voller Bedrückung, Ratlosigkeit und Ängste. Jetzt, über vier Jahre später, finde ich sie angesichts der schier atemberaubenden Turbulenzen, Probleme und Krisen, denen wir ausgesetzt sind, noch deutlich herausfordernder. Aber ist es nicht gerade unsere ureigenste Aufgabe als Kinder Gottes, uns dieses Hoffnung und Zuversicht verströmende Sprechen Gottes trotz aller widrigen Umstände im Glauben zu erkennen, uns zu eigen zu machen und an unsere zunehmend orientierungs- und hoffnungsloser werdenden Mitmenschen weiterzuvermitteln?

Wenn wir wirklich Interesse und Leidenschaft für Rheinland-Pfalz und seine Bürger haben (wollen), dann müssen wir uns auch mit seinen Besonderheiten und Eigenarten befassen. Damit meine ich zunächst erst einmal nicht das detaillierte Auseinandersetzen mit den zahlreichen politischen Knackpunkten und Problemen, sondern: Was macht unser Bundesland eigentlich aus? Welche **Alleinstellungsmerkmale** hat es? Welche davon unterscheiden sich von anderen Bundesländern?

Spontan fielen mir folgende Punkte ein:

Zum einen die enorme **Vielfalt an sehr unterschiedlichen Regionen** mit ihren teils einzigartigen landschaftlichen Schönheiten. Und das alles in einem vergleichsweise kleinen Bundesland. Zu nennen sind hier besonders der Pfälzerwald, die Deutsche Weinstraße, das Nordpfälzer Bergland, Rheinhessen, Nahetal, Hunsrück, Rheingau, das Mittelrheintal, die Mosel, Eifel, Lahntal, Westerwald, Ahrtal.

Fast alle Regionen haben große **touristische Potenziale**, manche wie das Weltkulturerbe Mittelrheintal, Moseltal oder die Eifel bieten überregional bis international bekannte Highlights. Es gibt aber auch einige Gebiete von anmutiger landschaftlicher Schönheit, die überregional nahezu unbekannt und daher auch touristisch kaum entwickelt sind. Ich denke da vor allem an meine Heimatregion, den Donnersberg und das Nordpfälzer Bergland.

Leider werden nach wie vor viele dieser schönen Landstriche durch den massiven **Ausbau erneuerbarer Energien** geprägt, beeinträchtigt und entwertet. Dieser derzeit nahezu ungebremsten Zerstörung von Landschaftsbildern durch vernünftige Raumordnung und Maßhaltigkeit entgegenzuwirken und stattdessen die unausgeschöpften Potenziale für sanften Tourismus zur Entfaltung zu bringen, ist definitiv ein wichtiges landespolitisches Anliegen.

Aber in erster Linie sind es die Menschen mit ihren teilweise sehr unterschiedlichen Mundarten und auch Mentalitäten, von der ‚pfälzischen Toskana‘ im Süden bis hin zum rauen Westerwald im Norden, die unser Bundesland prägen. Diese **Vielfalt an Eigenarten und Traditionen** sehe ich angesichts der zunehmenden Globalisierung und der ideologisch motivierten Diskreditierung / Entwertung von Heimat und Identität in großer Gefahr.

Das sehr ländlich geprägte Rheinland-Pfalz ist dank des milden Klimas mit vielen Sonnentagen das Land des Weines. In seinen Flusstälern sowie im Hügelland Rheinhessen liegen die größten **Weinbaugebiete** Deutschlands. Wein symbolisiert in der Bibel Freude, Gottes Bundessegens, das Blut Christi, den Heiligen Geist und geistliches Wachstum. Ist es legitim, aus den natürlichen Gegebenheiten auf geistliche Verheißungen und Potenziale zu schließen? Diese ländlichen Räume stehen ökonomisch im Vordergrund, aber auch die engen historisch und kulturell wichtigen **Stadt-Landbeziehungen** in den Regionen sind von wesentlicher Bedeutung.

Ins Auge fallen auch die teils großen ökonomischen Unterschiede und Gefälle zwischen den einzelnen Regionen. Die **Wirtschaftskraft** des Landes konzentriert sich mit Ausnahme des Westerwaldes auf die großen Flusstäler von Rhein und Mosel. Hier befinden sich, mit Ausnahme von Kaiserslautern, alle größeren Städte des Bundeslandes. Im starken Kontrast hierzu stehen die großflächigen und überwiegend strukturschwachen Regionen von Westpfalz, Hunsrück und Eifel. Gerade hier sehe ich großen politischen Handlungsbedarf zur

Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen. Welche für **Potenziale** schlummern in diesen Regionen? Wie können diese geweckt und zur Entfaltung gebracht werden?

Dies gilt im besonderen Maße auch für unsere **Grenzregionen**, für unsere ausländischen Nachbarn im Elsass, Lothringen, Luxemburg oder Wallonien (Belgien), auch für die angrenzenden Gebiete der Nachbarbundesländer (Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg). Teilweise handelt es sich um grenzüberschreitende Regionen, sowohl natürlich als auch historisch-kulturell, wie zum Beispiel das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen, der Westrich oder die Eifel-Ardenennen. Wie ist der gegenwärtige Zustand? Wie können neue **Beziehungen und Partnerschaften** geknüpft, bestehende ausgebaut und belebt werden? Wodurch lassen sich bestehende Sprachbarrieren abbauen, besonders zu den französischsprachigen Regionen? Differenzen in Sprache und Kultur werden allgemein als hemmend und trennend für Austausch und Zusammenarbeit empfunden. Dabei können gerade diese Unterschiedlichkeiten positive Reibungspunkte erzeugen mit neuen Dynamiken und Innovationen.

Viele Regionen im heutigen Rheinland-Pfalz waren und sind bis heute stark durch **Militär** geprägt. Sei es als historische Aufmarsch- und Durchzugsgebiete für Kriegsheere, Schauplätze historischer Schlachten, fremde Besatzungsmächte und Militärbasen. Kann es sein, dass sich manches davon in das kollektive Bewusstsein der ansässigen Bevölkerung eingebrannt und auch noch über Generationen hinweg die Mentalität mitgeprägt hat?

Eine weitere Überlegung ist, ob durch die fehlende **Aufarbeitung der Corona-Zeit** und deren offensichtliche Verdrängung unserem Land Heilung und Segen vorenthalten wurde.

Als letzter Punkt: Gibt es ein **geistliches Erbe**, auf das wir uns stützen und das wir weiter aufbauen dürfen? Bedeutsam sind die katholischen Erzbistümer, Zentren jüdischen Lebens wie die SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz und die signifikanten Orte der Reformation. Orte geistlicher Erweckungen und Aufbrüche waren die Täuferbewegung in Speyer oder die Mennonitenorte in der Pfalz. Aber auch die Etablierung neuer christlicher Bewegungen und Freikirchen der Gegenwart und deren unterschiedlichste Ausprägung sind von großer Bedeutung.

Welchen Stellenwert hat **der christliche Glaube** für die hiesigen Menschen? Ich denke hier besonders an die jüngere Generation. In welcher Weise können und dürfen wir auch im Rahmen der politischen Arbeit für den christlichen Glauben werben und unsere Mitbürger ermutigen, sich dem Gott der Bibel zuzuwenden?

Meine Gedanken zur anstehenden Landtagswahl sind einige Puzzleteilchen. Meine persönlichen Schwerpunkte sind der ländliche Raum mit seinen spezifischen Möglichkeiten und Herausforderungen, aber auch der Umwelt-/Naturschutz, Energiewirtschaft und Landesentwicklungsplanung. Andere zentrale Themen wie Bildungswesen, Familie, Gesundheit, Wirtschaftsentwicklung, Verkehr, Finanzen, Justiz oder innere Sicherheit wären ebenfalls zu erarbeiten. Zu klären wäre auch, wie thematisch breit wir uns als kleiner Landesverband überhaupt aufstellen können oder wollen. All dies gilt es, im Rahmen der nächsten Vorstandstreffen und Parteitage gemeinsam zu vertiefen und abzustimmen.

Abschließend komme ich noch einmal zurück auf den Eingangsimpuls (Jesaja 43,19). Sehen wir, dass Gott bereits etwas Neues in unserem Land schafft, etwas, das bereits am Aufwachsen ist, sogar inmitten zunehmender Probleme und Krisen? Vielleicht sollten wir uns zuerst mit dieser Frage vor allen anderen Themen beschäftigen. Als Politiker in der Nachfolge Jesu haben wir die Berufung, genau die freudige **Hoffnung und Zuversicht** an unsere Mitmenschen weiterzugeben, die Christus in uns hineingelegt hat. Und sie damit vielleicht zu ermutigen, es selbst mit dem Gott auszuprobieren, der der Ursprung und Grund aller Hoffnung ist.

Der Gott aber, der unsere Hoffnung ist, erfülle euch mit aller Freude und mit Frieden auf dem Grunde des Glaubens, damit ihr immer reicher an Hoffnung werdet durch die Kraft des Heiligen Geistes! (Römer 15,13)

Martin
Brüggehohe

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz



Frieden für die Ukraine und Europa



Am 24. Februar dauert der Krieg Russlands in der Ukraine drei Jahre. Der gesamteuropäische Widerstand zur Verteidigung der Ukraine hat ihn nicht beendet, aber verlängert. In der Kriegsmüdigkeit rückt ein Verhandlungsfrieden in Sicht, der nicht vollkommen gerecht sein wird. Es ist unsere Aufgabe als Europäer, mit der Ukraine in diesen Verhandlungen zusammenzustehen, Russland klare Grenzen zu setzen und diese konsequent mit abzusichern.

Trotz kleiner Erfolge der Ukraine gewinnt Russland täglich Gelände und scheint den Krieg Stück für Stück zu gewinnen. Es führt mittlerweile einen hybriden Krieg gegen Europa mit Angriffen auf kritische und verteidigungswichtige Infrastrukturen, Sabotage gegen Energie- und Verkehrsanlagen und Cyberangriffen. In der Ostsee sind Schiffe unter falscher Flagge unterwegs und zerstören Strom- und Datenkabel. Mit dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands hat die Ostsee eine stärkere strategische Rolle bekommen. Die NATO-Partner verstärken ihre Patrouillen über Infrastrukturkabel und Pipelines und die Kontrolle der Schifffahrt. Die europäischen NATO-Staaten investieren in ihre Verteidigungsfähigkeit, wären aber nach wie vor nicht in der Lage, ohne die USA einen Frieden in Europa zu sichern.

US-Präsident Trump hat angekündigt, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden und führt erste Gespräche mit Russland – bisher an der Ukraine und Europa vorbei. Er hat den Abzug von Truppen aus Europa angekündigt und fordert die NATO-Staaten auf, 5 % ihrer Wirtschaftsleistung für Verteidigung auszugeben. Deutschland soll nicht nur selbst verteidigungsfähig werden, sondern im Kriegsfall auch als Drehscheibe für NATO-Manöver gewappnet sein.

Europa kann sich für seine Verteidigung nicht länger auf die USA verlassen. Ebenso wenig kann es zusehen, wenn Trump mit Putin über die Köpfe der Ukraine und Europas hinweg einen Deal aushandelt, den Krieg zu beenden. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat die Europäer auf der Münchner Sicherheitskonferenz erneut zur Einheit im Kampf gegen Russland aufgerufen und damit auch ihre eigenen Länder zu verteidigen. Die politischen Fronten in Deutschland und der EU sind jedoch gespalten zwischen weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine und Friedensverhandlungen.

Treiber der bisherigen Ukraine-Politik Deutschlands und Europas ist die Angst, dass, wenn die Ukraine den Krieg verliert, ein Angriff auf ein weiteres europäisches Land droht. Putin verstärkt diese Drohung mit hybriden Angriffen auf Europa und weiterem Vor-

marsch in der Ukraine. Er profitiert von der Angst Europas vor weiteren Gewaltexzessen und ihrer eigenen militärischen Schwäche und verbirgt dahinter Russlands Schwächen: hunderttausende Opfer und Verwundete des Krieges, hunderttausende geflüchtete Männer im wehrfähigen Alter, die unter den Sanktionen leidende Wirtschaft und Abhängigkeit von China, hohe Inflation. Für diese Opfer des Landes muss er einen Sieg einfahren, um am Leben zu bleiben. Europa darf sich jedoch vor Augen halten, dass Russlands Ressourcen nicht unendlich sind, statt wie das Kaninchen vor der Schlange zu sitzen und Trump die Arena zu überlassen.

Eben weil die meisten europäischen Staaten nach wie vor nicht verteidigungsfähig sind, müssen wir uns auf die Stärken Europas besinnen: Diplomatie, Strategie, Einheit, gegenseitiges Vertrauen. Die NATO ist nicht nur Verteidigungsbündnis, sondern Wertegemeinschaft, die für Frieden, Demokratie, Freiheit und Herrschaft des Rechts zusammensteht. Die Entspannungspolitik während der Zeit des Kalten Krieges speiste sich aus dem Willen, Krieg zu verhindern, und Demut auch gegenüber den Feinden im Ostblock, weil ausschließlich Konfrontation zur Verhärtung der Fronten führt, wie wir es mit Russland erleben.

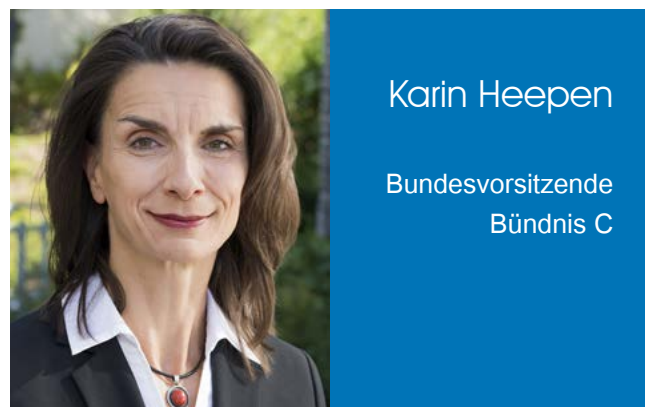
Unser Kerngeschäft als Christen ist es, Frieden zu stiften. Leider ist im Wahlprogramm der CDU kein Umsteuern in der Politik gegenüber der Ukraine zu erkennen, auch wenn diplomatische, finanzielle und humanitäre Mittel zusammen mit Waffenlieferungen genannt werden. Statt Noch-Kanzler Scholz' Überreaktion auf Trumps Agieren, den Bundestag zum Beschluss einer Notlage zu drängen, sollte jetzt jedoch Besonnenheit regieren. Ein Europa, das sich auf Christus besinnt und im Vertrauen auf den Schutz Gottes Putin entgegentritt, braucht sich vor dem scheinchristlichen Koloss nicht zu fürchten. Hingegen ist es scheinheilig, aus Angst vor Angriffen auf die eigenen Länder weiter Tod und Zerstörung in der Ukraine in Kauf zu nehmen.

Maßstab für Friedensbemühungen kann nicht länger ein vollkommen gerechter Friede sein, den es nach den Weltkriegen des letzten Jahrhunderts auch nicht gab. Dennoch ist aus gegenseitiger Annäherung und Versöhnung ein friedliches Europa erwachsen. So wenig, wie es einen gerechten Krieg gibt, gibt es einen völlig gerechten Frieden. Nach drei Jahren Krieg und Zerstörung mit über einer Million Opfern, ohne dass ein Sieg in Sicht ist und dass die Ukraine Russland aus den zu Unrecht besetzten Gebieten vertreiben kann,

ist es Zeit, anhand unserer christlichen Ethik zu prüfen, was als der höchste Wert zu verteidigen ist: die postulierte Unverletzlichkeit von Grenzen und Nationalstaaten oder das Leben der betroffenen Menschen. Nein, es darf keinen Scheinfrieden über die Köpfe der Ukraine und der Menschen in den umkämpften Gebieten geben. Sie müssen vor allem gefragt werden, ob sie weiterkämpfen und wo sie leben wollen. Frieden hat in dem Fall mehr mit Liebe zu den Menschen zu tun als mit Gerechtigkeit. Stärke zeigt Europa nicht mit immer weiteren Waffenlieferungen an die Ukraine, sondern indem es ihr zur Seite steht, um mit Russland ein Ende des Krieges auszuhandeln, mit Zugeständnissen auf beiden Seiten und in dem Vertrauen, dass Gott den Demütigen beisteht und Europa vor weiteren Angriffen des Bösen bewahrt.

Gleichzeitig muss Europa wehrfähig werden, um seine Bevölkerung bestmöglich zu schützen. Das kostet nicht nur Geld, das wir lieber für Anderes ausgeben würden. Es kostet vor allem den Willen und die Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen, auch unter Einsatz des eigenen Lebens. Darin ist die Ukraine den westlichen Staaten Vorbild und zurecht Mahner. Zur Absicherung eines möglichen Waffenstillstandes entlang der Grenzen forderte Präsident Selenskyj kürzlich 200 000 Soldaten - die Europa nicht hat. Frieden schaffen ist nicht blinder Pazifismus, sondern Prävention: mit militärischer Verteidigungsfähigkeit, mit Realitäts-sinn, der die Bevölkerung und unsere junge Generation mit einer Wehrpflicht auf den Verteidigungsfall vorbereitet, und in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn. Möge die neue Bundesregierung Europa zum Frieden helfen auf Wegen, die Gott zum Besten für die Ukraine und unseren Kontinent vorbereitet hat.

20. 02. 2025



Frieden für Syrien?

Am 08. 12. 2024 flüchtete der syrische Präsident Baschar al-Assad nach Russland und gab die über 50 Jahre währende Herrschaft seiner Dynastie über Syrien auf. Die islamistische HTS-Miliz brachte zusammen mit anderen aufständischen Gruppen innerhalb weniger Tage den Westen Syriens fast vollständig unter ihre Kontrolle. Die „Achse des Widerstands“ des Iran ist damit eingebrochen. Die neuen Machthaber sind im Verbund mit der Türkei für Syrien, die Kurden, für Christen und Alawiten und für Israel die größere Gefahr, als es das geschwächte Assad-Regime war.

Terror gegen Minderheiten

Die Assad-Regierung wurde seit mehr als zehn Jahren hauptsächlich von Russland und dem Iran am Leben erhalten. Der Iran mit seinen Proxys der Hamas und der Hisbollah wurden in den Monaten vor dem Sturz von Israel entscheidend geschwächt, und Russland ist im Ukraine-Krieg gebunden. Islamistische Gruppen – unter ihnen Ableger vom IS und Al-Qaida – nutzten das Machtvakuum und besetzten mit maßgeblicher Unterstützung der Türkei die wichtigsten syrischen Städte. Die neuen Machthaber gaben sich moderat, proklamierten ein freies Syrien und rufen syrische Flüchtlinge aus allen Ländern zurück. Ihr Einfluss ist jedoch begrenzt und es agieren dutzende Milizen im Land auf eigene Faust, verhängen islamistische Vorschriften und bedrohen Minderheiten.

Anfang März verübten Einsatzkräfte der neuen Machthaber im Nordwesten des Landes Massaker an Alawiten und Christen mit über 1000 Toten, die meisten von ihnen Zivilisten. Es wurden ganze Dörfer verwüstet und Familien abgeschlachtet unter dem Vorwand der Assad-Treue, aber auch weil Alawiten schiitische Wurzeln haben und den sunnitischen Dschihadisten als Abtrünnige vom Islam gelten. Übergangspräsident al-Scharaa hat eine Bestrafung der Verantwortlichen zugesichert. Gleichzeitig kündigte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums an, dass Anhänger und Offiziere des nicht mehr bestehenden Assad-Regimes weiter verfolgt würden.

Auch gegen Christen gibt es weiter massive Drohungen. Bei den Massakern an der Küste wurden Kirchen angezündet, Priester getötet, Familien aus ihren Häusern vertrieben. Zugänge zu den belagerten Gebieten für humanitäre Hilfe wurden von dschihadistischen

Gruppen blockiert. Überlebende und Verwundete sind ohne Nahrung und medizinische Versorgung.

Kurdische Selbstverwaltung als Beispiel

Wenige Tage nach den Massakern stimmten die Syrisch-Demokratischen Streitkräfte (SDF) einem Abkommen mit der Übergangsregierung zu, dass die SDF in die syrische Armee integriert werden. Die SDF kontrollieren seit Beginn des Bürgerkrieges 2011 den Nordosten Syriens, nachdem sich das Assad-Regime aus der Gegend zurückgezogen hatte. Die kurdische Selbstverwaltung wurde nach demokratischen Prinzipien aufgebaut mit Beteiligung und gleichen Rechten für alle ethnischen und religiösen Minderheiten. Bis Ende dieses Jahres soll nun die neue Zentralregierung die Kontrolle über zivile und militärische Einrichtungen im Nordosten erhalten, darunter Grenzübergänge zum Irak und zur Türkei sowie Flughäfen, Öl- und Gasfelder. Auch die Gefängnisse und Lager, wo bis zu 50 000 IS-Kämpfer und deren Angehörige inhaftiert sind, sollen unter staatliche Kontrolle kommen. Das Abkommen umfasst im Gegenzug die Anerkennung der kurdischen Gemeinschaft als Bevölkerungsgruppe mit vollen Staatsbürgerrechten wie die Nutzung ihrer Sprache sowie die politische Partizipation aller Syrer unabhängig von deren ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit.

Die SDF streben vor allem eine Eingliederung in das syrische Staatsgebiet und die Verwaltung an, weil die Türkei seit Jahren unter dem Vorwand terroristischer Bedrohung die kurdische geführte demokratische Selbstverwaltung im Nordosten Syriens angreift, um sie zu zerschlagen und weitere Gebiete Nordsyriens zu besetzen. Erdogan und seine islamistischen Milizen beschießen auch seit der Machtübernahme der von ihm unterstützten Übergangsregierung weiter die syrischen Grenzgebiete. Nach den Massakern an der Küste ist fraglich, ob der Schutz und die Beteiligung aller Minderheiten in dem Abkommen mit der neuen Regierung das Papier wert ist, auf dem sie stehen. Es besteht zudem die Gefahr, dass unter islamistischer Aufsicht die ca. 50 000 internierten IS-Kämpfer mit ihren Angehörigen freikommen, radikalislamische Gruppen sich gegenseitig bekämpfen und eine Terrorherrschaft in Syrien errichten.

Mit demokratischen Kräften zusammenarbeiten und NATO-Partner Türkei konfrontieren

Die EU hatte nach dem Sturz Assads umgehend diplomatische Kontakte zu den neuen Machthabern aufgebaut und eine schrittweise Lockerung der Sanktionen gegen Syrien beschlossen. Nach den Massakern Anfang März teilte der Auswärtige Dienst der EU mit, Pro-Assad-Gruppen hätten laut Berichten in syrischen Küstengebieten Angriffe auf Kräfte der Übergangsregierung verübt. Einmal mehr zeigt sich die einseitige Positionierung der EU-Politik mit dieser völlig inakzeptablen Rechtfertigung der Übergriffe auf syrische Minderheiten. Die Möglichkeit einer weiteren Flüchtlingswelle, ausgelöst durch rivalisierende oder Nichtmuslime angreifende islamistische Milizen ist zurzeit realer, als dass Flüchtlinge im großen Stil nach Syrien zurückgehen.

Die EU ist der größte Sponsor humanitärer Hilfe in Syrien. Sie hat damit die Macht und die Verantwortung, konkrete Verpflichtungen zum Schutz von Minderheiten zu fordern. Die kurdische Selbstverwaltung wurde als Modell für ein demokratisches Syrien aufgebaut, wie alle Ethnien und Religionen beteiligt werden und zusammenleben können. Die Kurden sind zudem Israel freundlich gesinnt. Wir fordern die EU und die neue Bundesregierung auf, von der syrischen Übergangsregierung Garantien für alle Volks- und Religionsgruppen zu verlangen und mit den demokratischen Kräften im Land zusammenzuarbeiten. NATO-Partner Türkei darf zudem nicht mehr mit Waffen beliefert werden, wenn Erdogan weiter widerrechtlich kurdische Gebiete in Syrien bombardiert, syrisches Gebiet besetzt und islamistische Armeen in Syrien versorgt.

Israel unterstützen und Sanktionen gegen den Iran

Diese Milizen sind auch eine Bedrohung für Israel. Israel hat aktuell im Süden Syriens Truppen im Einsatz, die verhindern sollen, dass Dschihadisten das entstandene Machtvakuum füllen. Die israelische Armee hat innerhalb weniger Tage mit Luftangriffen fast das komplette Arsenal der syrischen Boden-Luft-Raketen, Waffendepots und die Marine zerstört, damit sie nicht in die Hände der neuen Machthaber geraten. Syrien hat Israel dreimal überfallen: 1948 bei der Staatsgründung, im Sechstageskrieg 1967 und im Jom-Kippur-Krieg 1973.

Demgegenüber muss der 8-Punkte-Plan des deutschen Außenministeriums nach dem Sturz Assads als

Hybris bezeichnet werden. Deutschland hat keinen Einfluss in der Region, um Demokratie, Frauenrechte, Souveränität, freie Wahlen oder die eigene Präsenz in Syrien auszubauen. Die Ermahnung von Noch-Außenministerin Baerbock an Israel, sich zurückzuhalten und völkerrechtswidrige Angriffe auf Syrien zu unterlassen, verkennt die akute Gefahr, die von den islamistischen Milizen für Syrien und für Israel ausgeht und die Israel als einziger Nachbar zusammen mit den USA effektiv zu begrenzen willens und in der Lage ist.

Mit dem Sturz Assads ist die „Achse des Widerstands“ des Iran eingebrochen und damit der Einfluss des Mullah-Regimes im Nahen Osten. Der Iran hat seinen einzigen staatlichen Verbündeten in der Region verloren und seinen Zugang zum Mittelmeer, über den auch die Hisbollah versorgt wurde. Die Gefahr des iranischen Atomprogramms ist jedoch nicht gebannt. Israel wird der Inbetriebnahme weiterer Zentrifugen im Iran nicht tatenlos zusehen. Deutschland sollte jetzt dazu beitragen, das islamistische Regime in Teheran final in die Knie zu zwingen, indem Verhandlungen um den gescheiterten Atomdeal endgültig beendet und Sanktionen gegen das Regime vollumfänglich eingesetzt werden.

Eine Straße des Friedens in die Zukunft

Trotz allem sehen besonders Christen im Sturz des Assad-Regimes die Chance für einen Neubeginn für das leidgeprüfte syrische Volk, und dass, wie in Ägypten 2014 den Muslimbrüdern, jetzt auch den islamistischen Gruppen in Syrien die Macht genommen wird. Indem Sunniten und Schiiten sich gegenseitig bekämpfen, verliert der Islam überall im Nahen Osten seine Bindekraft und damit auch seinen Einfluss in Europa. Möge Gott in diesem Umbruch die Christen in Syrien schützen und stärken, um ihrem Land zum Frieden zu helfen, wie es in Jesaja 19,23ff verheißen ist:

„Zu der Zeit wird eine Straße sein von Ägypten nach Assyrien, dass die Assyrier nach Ägypten und die Ägypter nach Assyrien kommen, und die Ägypter samt den Assyriern werden dem Herrn dienen. Zu der Zeit wird Israel der Dritte sein mit Ägypten und Assyrien, ein Segen mitten auf Erden; denn der HERR Zebaoth wird sie segnen und sprechen: Gesegnet bist du, Ägypten, mein Volk, und du, Assur, meiner Hände Werk, und du, Israel, mein Erbe!“

Karin Heepen
Bundesvorsitzende

Pressemitteilungen

Holocaust-Gedenktag: Nie wieder ist jetzt!

Vor 80 Jahren wurde am 27. Januar 1945 das Konzentrationslager Auschwitz befreit – Inbegriff der systematischen Vernichtung der Juden durch das deutsche Nazi-Regime. Der Gedenktag bringt den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 mit den an jüdischen Zivilisten begangenen Gräueltaten in alarmierende Erinnerung. Holocaustüberlebende und deren Nachkommen erleben seitdem die traumatischste Zeit in der Geschichte des jüdischen Staates.

Bündnis C – Christen für Deutschland ruft zum Gedenken an die 6 Millionen Opfer des Holocaust auf, an die über 1200 im Oktober 2023 von der Hamas bestialisch ermordeten israelischen Bürger, an die 240 nach Gaza entführten Geiseln, von denen noch immer 90 in der Gewalt der Hamas sind, an die bisher im Krieg gegen die Hamas gefallenen fast 900 israelischen Soldaten, die etwa 12 000 Verletzten und die noch immer etwa 100 000 evakuierten Binnenflüchtlinge, die darauf warten, in ihre Häuser zurückkehren zu können.

Wir bitten unsere jüdischen Freunde um Vergebung, dass wir erneut in Deutschland und weltweit Hass auf Juden und Israel öffentlich Raum geben, dass Juden in Deutschland und Europa nicht mehr sicher sind, dass dieser Hass von Politik und Medien mit einseitigen Verteilungen, Boykottaufrufen und Desinformation über Israel befeuert wird. Wir beklagen, dass erneut jüdische Einrichtungen und Synagogen in Deutschland polizeilich bewacht werden müssen, Juden sich nicht mehr angstfrei bewegen, versammeln und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Wir mahnen an, dass das Wissen um die Schoah besonders unter jungen Menschen in Deutschland schwindet und die Zahl der Holocaust-Leugner zunimmt. Wir fordern die Hochschulleitungen auf, konsequent Übergriffe von pro-palästinensischen und BDS-Gruppen an Hochschulen und Universitäten und die Diskriminierung von jüdischen Studenten zu unterbinden.

Wir fordern die Parteien im aktuellen Wahlkampf auf, der Sicherheit Israels in ihren Programmen höchste Priorität einzuräumen. Das Massaker am 7. Oktober 2023 war ein Ruf der Hamas an die Feinde Israels in aller Welt zu einem neuen Holocaust am jüdischen Volk, und den Staat Israel auszulöschen. Es ist unsere

Verantwortung als Deutsche, in diesen Angriffen dem jüdischen Staat beizustehen. Der Staat Israel ist der einzige Zufluchtsort für Juden weltweit.

Wir stellen uns an die Seite unserer jüdischen Freunde und beten für Israel mit Jesaja 62,11: „Siehe, der HERR hat es bekannt gemacht bis ans Ende der Erde. Sagt der Tochter Zion: Siehe, deine Rettung kommt.“

(Pressemitteilung 27.01.2025)

Wirtschaftswarntag: Unternehmer für Deutschland

Über 140 Wirtschaftsverbände haben sich zum Wirtschaftswarntag am 29. Januar zusammengeschlossen, um vor den anstehenden Bundestagswahlen ihre Forderungen an die zukünftige Bundesregierung öffentlich zu formulieren und die Bevölkerung in der Breite für die akuten Probleme der Wirtschaft zu sensibilisieren. Bündnis C – Christen für Deutschland unterstützt die Forderungen nach Steuersenkungen für Unternehmen und Arbeitnehmer, eine Obergrenze der Sozialabgaben von 40 Prozent, wettbewerbsfähige Energiepreise und den umfassenden Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten.

Seit zwei Jahren schrumpft die deutsche Wirtschaft, während andere Industrienationen Wachstum verzeichnen. Kein Standortfaktor in Deutschland ist mehr im Plus, Investitionen werden abgesagt wegen zu hoher Steuern, Sozialabgaben, Energiekosten und Bürokratie. Immer neue Richtlinien wie das Lieferkettengesetz schnüren den Bewegungsspielraum der Unternehmen ab, Berichtspflichten überfordern den Mittelstand. Produktion wird ins Ausland verlegt, zehntausend Arbeitsplätze gehen monatlich in der Industrie verloren. Unternehmer müssen langjährig erfahrenen, zuverlässigen Mitarbeitern kündigen. Junge Unternehmer fragen sich, ob sie eine Perspektive in Deutschland haben.

Der Maßstab für die kommende Bundestagswahl – so die Vertreter der Wirtschaftsverbände – muss deshalb sein, welche Wirtschaftspolitik die Parteien in ihrem Programm und welche Wirtschaftskompetenz ihre Spitzenpolitiker haben:

Bundeswirtschaftsminister Habeck wirbt mit Zuversicht auf seinen Wahlplakaten. Auf dem Grünen-Parteitag war zur Zukunft der Wirtschaft jedoch nichts zu hören. Bundeskanzler Scholz verspricht auf seinen Plakaten mehr Netto. Die Lohnzusatzkosten steigen jedoch seit drei Jahren ohne einen Versuch der dafür zuständigen SPD-Minister, sie zu bremsen. Damit ist die Kanzlerpartei maßgeblich verantwortlich für die steigende Arbeitslosigkeit. SPD-Arbeitsminister Heil verspricht den Rentnern Garantien, für die kein Geld da ist und Schulden aufgenommen werden müssen auf Kosten der nächsten Generation. Die Probleme von Bildung, Energie und Bürokratie werden von der Noch-Regierung kleingeredet oder gar lächerlich gemacht und noch höhere Steuern angekündigt, statt den Ernst der Lage anzugehen und Wirtschaftskompetenz in die Ministerien zu holen.

Marie-Christine Ostermann, Präsidentin des Verbandes Die Familienunternehmer, erklärte, dass in einer strukturellen Krise, wo der gesamte Wirtschaftsstandort nicht mehr wettbewerbsfähig ist, nicht die Nachfrage gestärkt werden kann z. B. mit höherem Mindestlohn oder staatlichen Zuschüssen für Elektroautos, sondern die Angebotsseite der Wirtschaft gestärkt werden muss. Das heißt, die vom Staat vorgegebenen Kosten wie Steuern, Lohnzusatzkosten und Energie müssen wenigstens auf den europäischen Durchschnitt gesenkt werden. Deutschland braucht keine Subventionen, ungedeckte Rentenversprechen, noch mehr Beamte und Bürokratie, sondern eine Wirtschaftswende mit guten Rahmenbedingungen für Wachstum, um die Renten bezahlen zu können und für eine gute Zukunft für die junge Generation. Es geht für Unternehmer und Arbeitnehmer um die Existenz. Die Wirtschaft wächst nicht mit Subventionen für einzelne Großunternehmen, sondern mit förderlichen Bedingungen für den Mittelstand.

Deutschland ist als Exportnation angewiesen auf eine starke EU, aber der europäische Binnenmarkt genauso auf Deutschland als größte Volkswirtschaft. Statt der Fehler und Kopflosigkeit der Energiewende muss die Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt der deutschen Politik gerückt werden und strategisch, schneller und mutig entscheiden. Investitionen in Deutschland setzen zudem eine funktionierende Infrastruktur und Verkehrsnetze, schnelles Internet, rasche Genehmigungen und bezahlbaren Wohnraum für Mitarbeiter voraus. Mehrere Sprecher mahnten dringend notwendige Investitionen in Bildung an, um der demografischen Katastrophe entgegenzuwirken.

Unternehmer wollen ihren Beitrag leisten für den Standort Deutschland. Sie sichern die Versorgung der Bevölkerung und schaffen Wohlstand. Insbesondere Familienunternehmer arbeiten nicht nur für das Jetzt, sondern für die nächste Generation, weil sie sich nicht für die letzte halten, sondern Zukunft schaffen für Deutschland. Von Standortpatriotismus allein kann jedoch kein Unternehmen Gehälter bezahlen.

Bündnis C – Christen für Deutschland unterstützt die Forderungen der Wirtschaftsverbände nach Bürokratieabbau und Kostensenkungen. Die Wirtschaft ist die Lebensader des Landes. Armut wird nicht mit Planwirtschaft und Überregulierung verringert, sondern mit guten Rahmenbedingungen und verantwortlichen Unternehmen. Die Politik muss wieder der Wirtschaft folgen, damit sie die Versorgung der Bevölkerung sicherstellt. Sozialleistungen müssen sich an der Wirtschaftsleistung orientieren, statt an nicht gedeckten Wahlversprechen. Wohlstand darf nicht mit Schulden finanziert werden zulasten der nächsten Generation. Gleichzeitig mahnen wir eine nachhaltige Familienpolitik an, die ermutigt, Kinder zu haben und sie gesund großzuziehen. Die demografische Krise kann perspektivisch nicht mit Zuwanderung gelöst werden.

Die Misere der deutschen Wirtschaft ist eine Vertrauenskrise auf mehreren Ebenen: Die Politik muss der Wirtschaft vertrauen, statt einen Machtapparat mit Kontrollinstanzen zu füttern. Nicht der Staat, sondern die Unternehmer sind die Wirtschaftsexperten. Das schwindende Vertrauen in die Politik braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen für die Gesellschaft, so wie Unternehmen es tun. Und als Deutsche müssen wir, statt weiter auf Vater Staat zu vertrauen und die Rettung des Landes von der Politik zu erwarten, unser Vertrauen in Gott als Vater erneuern. Der Niedergang Deutschlands ist maßgeblich eine Folge unserer Abkehr von Gott und seinen guten Ordnungen, die Deutschland und Europa erfolgreich, human und frei gemacht haben. Er hat auch jetzt gute Pläne für unser Land, die wir in Existenz bringen wollen. In der Vertrauenskrise unseres Landes fokussieren wir uns nicht nur auf Geld und materiellen Wohlstand, sondern auf vertrauensvolle Beziehungen: zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Unternehmen, ihrem geschäftlichen und kommunalen Umfeld, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

(Pressemitteilung 30.01.2025)

ARC – Eine bessere Geschichte erzählen



Vom 17. bis 19. Februar 2025 fand die zweite ARC-Konferenz in London statt. Die „Alliance for Responsible Citizenship“ bringt Vordenker und Changemaker aus der ganzen Welt zusammen, die sich einer hoffnungsvollen Vision für unsere Zukunft verschrieben haben. Die ARC ist ein globales Treffen, um den wahrgenommenen Niedergang der westlichen Kultur aufzuhalten und eine Strategie der Transformation, Erneuerung und Wiederherstellung der Grundlagen unserer Zivilisation zu entwickeln. Für die Mehrzahl der Teilnehmer erweist sich der christliche Glaube dafür als Fundament.

Eine Zusammenfassung wichtiger Hauptgedanken der Konferenz

Etwa 4000 Teilnehmer aus 96 Nationen – Politiker, Unternehmer, Protagonisten aus Kultur, Medien und der Zivilgesellschaft – waren ins Londoner ExCel Forum eingeladen, um an einer besseren Geschichte für die Zukunft unserer westlichen Zivilisation mitzuwirken als der der Krisen, des Zerfalls und Niedergangs. Vordenker und Initiator der Bewegung Jordan Peterson entdeckte dafür in seiner Eröffnungsrede das biblische Narrativ der Selbstopferung für ein höchstes Gut als die Inspiration der Geschichte der westlichen Gesellschaft. Unschwer ist darin das Urbild der Selbstopferung Jesu für den Menschen zu erkennen, das die Geschichte des Christentums in Gang setzte, die prägend für die westliche Zivilisation wurde.

Das christliche Menschenbild als kultureller Boden

Mit dem Verlust seiner spirituellen Wurzel wurde aus persönlicher Opferbereitschaft zunehmend Machtstreben und Hedonismus und leitete den Zerfall der westlichen Erfolgsgeschichte ein. Dr. Johannes Hartl betonte als einer der Sprecher denn auch das Gebet und die Tatsache, dass Impulsgeber für das christliche Abendland nicht Denker und Macher waren, sondern Mönche und Beter. Zu freiwilliger Hingabe befähigt uns die freie Gnade Gottes. Daraus wächst nicht nur Effizienz, sondern Frucht. Der Samen der westlichen Zivilisation war die Hingabe an Gott, an das Wahre, Gute und Schöne. Die Frucht davon waren Freiheit, Rechtsstaat, Unternehmertum, Innovation und Wohlstand.

Dieser Samen mit seiner übernatürlichen Hoffnung kann von kreativen Minderheiten neu gesät, genährt und kultiviert werden und erneut Frucht tragen.

Die Themenfelder der international renommierten Sprecher erstreckten sich von diesen Grundlagen unserer Zivilisation und den Werten, die sie getragen haben, über die Paradigmen von Kapitalismus und Neomarxismus, Technologie und ökonomische Freiheit, Identität und Künstliche Intelligenz, Energiesicherheit und Armutsbekämpfung, Migration und Nationalstaatlichkeit, Kultur und Bildung bis hin zu Demografie und der Unverzichtbarkeit der Familie.

Ökonomische Freiheit gegen Armut

Einhelligkeit herrschte weithin in der Überzeugung, dass es der Kapitalismus ist, der weltweit Freiheit und Wohlstand hervorgebracht hat. Ökonomische Freiheit und freie Märkte sind der Garant für Wachstum und weniger Armut. Entgegen der gängigen Kapitalismuskritik, besonders an den westlichen Universitäten, ist der vordergründige Zweck eines integren Unternehmens nicht das Geld, sondern gute Produkte. Hingegen ist der Sozialismus in den über 40 Ländern, die dafür als Testfeld erhalten mussten, gescheitert und hat die Nationen in Armut gestürzt. Genauso macht der Neomarxismus Menschen zu Dienern des Willens seiner Eliten und von deren Machtvorstellungen. Für Innovation braucht es jedoch einen freien Wettbewerb der Ideen, Kreativität und freie Debatten. Beispielgebend dafür sind junge innovative Unternehmer, die in neue Business Modelle nur mit privatem Kapital und ohne Abhängigkeiten vom Staat investieren.

In einer Debatte über Protektionismus versus Freihandel punkteten hingegen Argumente für den Schutz der eigenen Industrie, von Arbeitsplätzen, Qualitätsstandards und der kritischen Infrastruktur. Wenn eine Industrie im eigenen Land verloren geht mit ihren Entwicklungskapazitäten (Braindrain), wächst die Abhängigkeit von unzuverlässigen Partnern wie China und es geht gleichzeitig Sicherheit verloren. Zuverlässige Lieferketten sind in Kriegszeiten existenziell und müssen in Friedenszeiten gebaut werden. Hier wurde deutlich, dass das westliche Modell des freien Handels an Frieden, Sicherheit und Stabilität gebunden ist und in den internationalen Spannungen Risse bekommt.



Leerstelle Geopolitik und Migration

Geopolitische Herausforderungen wie Kriege und Migration fanden jedoch wenig Beachtung. Weder Amerika noch Europa haben überzeugende Antworten auf die strategische Herausforderung durch Russland, China und den Iran. Kritisch wurde die Strategie des Westens im Krieg Russlands gegen die Ukraine gesehen, wo eine Generation junger Männer ausgelöscht wird ohne reale Aussicht, die Ostgebiete zurückzuerobern. Durch die Sanktionen profitiert China von Russlands Abhängigkeit und führt die BRICS-Staaten gegen den Westen an. Wie kann der Krieg beendet werden?

Im Blick auf die Prioritäten westlicher Haushaltspolitik wurde angemerkt, dass, wer mehr für Zinsen ausgibt als für Verteidigung und Sicherheit, bankrott geht, und dass es nationale Sicherheit nur mit Energiesicherheit gibt. Der geringen Bereitschaft der Europäer zur Verteidigung des eigenen Landes wurden die israelischen Streitkräfte gegenübergestellt als Beispiel für eine resiliente junge Generation, die weiß, wofür sie kämpft und ihr Land verteidigt. Das zeigt sich auch in der hohen Geburtenrate Israels, trotz Kriegen und Bedrohung von allen Seiten.

Durch Zuwanderer wird weniger die Wirtschaftskrise der westlichen Nationen gelöst, als deren Identitätskrise verstärkt, wenn ihnen statt Geschichtsbewusstsein wertelose Toleranz oder gar Verachtung unserer Kultur in der jungen Generation begegnet. Als Antwort auf gesichtslosen Globalismus, supranationale Machtstrukturen oder Bestrebungen eines Kalifats wurde ein gesunder Nationalismus befürwortet. Wir müssen zuerst unser eigenes Haus in Ordnung halten, statt dem Rest der Welt unsere im Scheitern befindlichen Gesellschaftsmodelle aufzudrücken. Im Blick auf die EU heißt das Subsidiarität und Bevollmächtigung der Menschen vor Ort, von Familien, Kommunen und Regionen, was wir in Bündnis C mit unserem beziehungsorientierten Politikansatz verfolgen.

Energie-Realismus ist Energie-Humanismus

Großen Raum nahm das Thema Energiesicherheit ein. Europa opfert seine Industrie und Wohlstand, um CO₂ in der Atmosphäre zu reduzieren. Große Industrienationen wie China und Indien haben ihre Ziele für Null-Emissionen deutlich später angesetzt und können sie deshalb ignorieren. Die USA unterstützten sie bisher offiziell, umgehen jedoch schädigende Maßnahmen für die Wirtschaft. Allein Europa und vor allem Deutschland haben ihre Bevölkerung überzeugt, aus grundlastfähigen Energieträgern auszusteigen und dafür Vorbild zu sein - dem jedoch keiner folgt. Die Maßnahmen sind bisher ohne Effekt auf die Erderwärmung, haben aber Energie so verteuert, dass die Stimmung in der Bevölkerung zum Klimaschutz gekippt ist.

Günstige Energie ist die Voraussetzung für Industrie und Versorgung. Insofern spielen die europäischen Regierungen mit dem Leben ihrer Länder und setzen andere Nationen unter Druck, dasselbe zu tun. Null-Emissionen erscheinen als neue Rechtfertigung für Sozialismus und kollektive Machtausübung nach dessen Zusammenbruch 1990. Eine afrikanische Sprecherin stellte klar, dass der Mangel an ökonomischer Freiheit und Energiesicherheit Armut und Migration verursachen. Wenn der Westen Selbstmord begehen will, kann sie das nicht ändern. Aber für Afrika ist die Nutzung der günstigsten und einfach verfügbaren Energieträger eine Frage von Leben und Tod. Wer Frauen von der Wasserpumpe, Feuerstelle und Waschtrog weghaben will, muss für günstige Energie sorgen.

Statt Katastrophismus muss Europa in eine Energiepolitik für die Menschen umschalten. Die EU gibt dop-

pelt so viel für erneuerbare Energien aus wie für Bildung und Gesundheit zusammen. Der Weg für die Lösung globaler Probleme ist jedoch Innovation zur Anpassung an veränderte Bedingungen. Deshalb muss der Fokus gerade auf Bildung, Gesundheit und Resilienz liegen.

Analoge Bildung statt KI-Freunde

In der Debatte über die Herausforderungen Künstlicher Intelligenz wurden grundsätzliche Fragen an unsere menschliche Identität gestellt und was KI davon ersetzen oder ergänzen kann. Im christlichen Verständnis ist der Mensch Seele und lebt in Beziehung zu anderen. Er ist nicht nur ein Selbst wie im Individualismus, das in seiner Bedeutung auf Effizienz reduziert wird. Künstliche Intelligenz kann eine technische Identität und Wissen ersetzen, aber keine Beziehung, Bedeutung und Zielrichtung. Man kann Maschinen keine Werte beibringen. Deshalb kann Technologie dem Menschen Fähigkeiten hinzufügen, aber ihn nie ersetzen. Machtsysteme hingegen können KI benutzen für totale Kontrolle über den Menschen statt Innovation. Unsere Kinder sollen lernen, KI zum technologischen Nutzen zu entwickeln, aber nicht mit KI-Freunden allein gelassen werden.

Liebe deine Frau, liebe deinen Mann, liebe deine Kinder!

So lautete das Schlusswort des nordmazedonischen Koordinators für Demografie Vlatko Gjorchev. Familie und Bildung wurden wiederholt als Grundsteine der Kommunen und der Nation und für eine vitale Gesellschaft betont. Es gibt für die sterbende westliche Zivilisation keine bessere Geschichte ohne ein Ja zu Familie und Kindern. Dazu muss nicht zuerst die Politik, sondern die Kultur verändert werden. Mehrfach erging die Ermutigung an junge Menschen, zuerst zu heiraten und Kinder zu haben, statt die Familiengründung zugunsten der Karriere immer weiter zu verschieben. Familien bringen Glück und Zufriedenheit statt Einsamkeit und Selbstzentrierung.

Familien, Bildung, Religion und Unternehmer brauchen Freiheit, um zukunftsorientiert wirken zu können. Bildung degeneriert, wenn Ideologie statt Mathematik gelehrt wird. Es wurde von Schulen berichtet, die als Kardinaltugenden Mut, Gerechtigkeit, Mäßigung und Weisheit vermitteln, und von neuen Instituten für junge Leiter, die deren Identität, Motivation, Resilienz und Vision für einen sinnvollen Beitrag zum Leben stärken.

Kulturellen Wandel einleiten

Wo das soziale, moralische und institutionelle Gefüge des Westens zerfällt, machen sich Einsamkeit, Hoffnungslosigkeit und Depression bis hin zum Suizid breit. Aber wo Zerbruch ist und Leiden, finden Menschen auch zu einem neuen Lebensstil, den andere kopieren werden. Politik kann keine Bedeutung und Identität geben, sondern nur Gesetze machen und Strukturen schaffen. Aber wo wir in jedem Menschen uns selbst und ein Geschöpf Gottes sehen, erfahren wir Erlösung von uns selbst und Vergebung unseres Versagens und können kaputte Systeme neu aufbauen, so dass sie in ihren Beziehungen die Liebe Gottes spiegeln.

Dafür ist die Erneuerung des christlichen Glaubens unerlässlich. Wo wir zu Gott zurückkehren, kehrt Er zu uns zurück. Er gibt Sinn, Zugehörigkeit und Ziel, eine Freiheit mit Ordnung und Ordnung mit Freiheit. Die Alternative wäre zunehmender Totalitarismus. Aber in zerbrechenden Systemen fällt die Macht zurück zu den Menschen. Lösungen dafür, die sich viele Teilnehmer weit mehr von den Sprechern gewünscht hätten, müssen und können nur vor Ort für die konkreten Situationen in unseren Ländern und Kommunen entwickelt werden. Da, wo wir hingestellt sind, sind wir in diesem zivilisatorischen Moment als kreative Minderheiten gefragt.

Die Vorhut bilden oft Künstler, die auch bei der ARC-Konferenz mit einigen ihrer Werke bereits „eine bessere Geschichte“ erzählten.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

<https://www.arcforum.com/>

Infomaterial zum Weitergeben



Erstinfo-Flyer: Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.



Minibroschüren zur Finanzpolitik und zur Israel-Politik, kurzgefasst



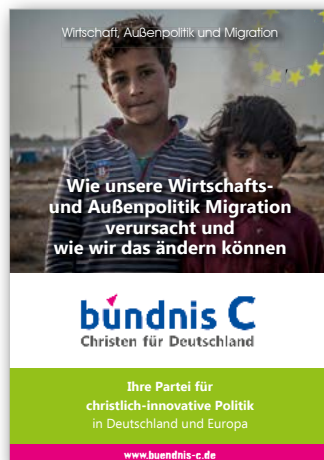
Kurzprogramm:
Unsere Positionen einfach,
komprimiert und anschaulich
zusammengefasst



Schick, kurz und bündig:
Unser Treppenfalt-Faltblatt
„Warum Bündnis C wählen?“



Zwei Staaten für zwei Völker?
Warum die Zwei-Staaten-Lösung für
Israel und Palästina gescheitert ist
und realistische Wege zum Frieden
(A5-Broschüre)



Wirtschaft, Außenpolitik und
Migration: Wie unsere Wirtschafts-
und Außenpolitik Migration ver-
ursacht und wie wir das ändern
können (A5-Broschüre)



Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze
und Eckpunkte für eine Politik nach
christlichen Werten“

Telefonisch oder per Email bestellen bei:

Bündnis C – Christen für Deutschland
Bundesgeschäftsstelle
Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
E-Mail: info@buendnis-c.de

Lassen wir uns überraschen

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag allen Vorständen, Mitgliedern und Freunden dieser Partei! Hab keine Angst, du kleine Schar, und fürchte dich nicht vor den Mächtigen, der Herr ist mit dir und stärkt dich und behütet dich.

Ich bin sehr dankbar, dass es unserem himmlischen Vater letztes Jahr nach der Europawahl gefallen hat, mich auf seine wunderbar überraschende Weise dem Bündnis C hinzuzufügen. Nicht weniger überraschend war es danach für mich, als ich im November im südhessischen Kreis Bergstraße als Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2025 aufgestellt wurde. Das war ein richtig spannender Auftrag, mich auf den Weg zu machen, um Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Auch wenn es völlig klar war, dass ich unserem langjährigen Direktkandidaten Dr. Michael Meister keine Konkurrenz sein kann – mein Herz brannte dafür, dass die Christen für Deutschland in unserem Landkreis bekannter werden. Ich wünschte mir nichts mehr, als dass der Schöpfer von Himmel und Erde, der unser Schicksal in Seiner Hand hält, wieder mehr ins Bewusstsein der Bürger kommt und dass mehr für die Regierenden gebetet wird. Meine große Hoffnung war, dass Er neu gesucht und um Hilfe gebeten wird und dass Er wieder die Ehre bekommt, die Ihm gebührt.

Es lag nicht nur an der verkürzten Sammelzeit, dass ich nur die Hälfte der 200 Unterschriften zusammen bekam. Ich war auch zwischendurch entmutigt und zum Teil tagelang blockiert. Wer kennt diesen Widersacher nicht? Es scheint so, als hätte er gesiegt, Bündnis C war in Hessen nicht wählbar. Doch wir können es auch aus einem anderen Blickwinkel sehen: Wir waren unterwegs für und mit unserem Herrn! Ja, es haben leider nicht genügend Personen unterschrieben, aber wir konnten Vielen von Bündnis C erzählen und Material weitergeben. Tatsächlich gab es zahlreiche Mitmenschen, die von Bündnis C zum ersten Mal gehört haben.

Ermutigen wir uns gegenseitig und stellen uns auf Gottes Verheißung: „Macht das Reich Gottes zu eurem wichtigsten Anliegen, lebt in Gottes Gerechtigkeit, und er wird euch all das geben, was ihr braucht.“ (Mt 6,33 NLB) Lassen wir uns überraschen, was Er 2025 in seiner großen Güte durch unsere Hingabe, unseren Mut und unsere Gebete zum Guten wenden wird – in



Deutschland und mit Bündnis C. Es liegt ein Segen im Warten auf den Zeitpunkt Gottes „Nicht durch Gewalt und Kraft wird es geschehen, sondern durch meinen Geist“, spricht der HERR, der Allmächtige.“ (Sach 4,6 NLB)

Mit dem Wunder der Auferstehung unseres Herrn Jesus haben wir die beste Botschaft für die Welt. Auf Ihn sollen wir hören und mit Ihm weitergehen. Er lebt! Jetzt haben wir allen Grund, ein Frohes Osterfest zu feiern, denn Er ist wahrhaftig auferstanden. In allen politischen Erschütterungen erfülle uns Sein tiefer Frieden und die Kraft Seiner Auferstehung.

Monika Karb

Landesverband
Hessen



bündnis C



bündnis C

Christen für Deutschland

buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 35 – 2025/1

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen

Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C.

Abb. auf Seite 1: Nguyen van Phu/Pixabay; 11: Sylvester Böhle/Pixabay; 12: Screenshot aus www.bpb.de; 19: Pexels/Pixabay; 28: Talita Höhl; 36: Enrique/Pixabay; 42: www.arcforum.com; 43: Jessica Crawford/Pixabay; 46: congerdesign/Pixabay

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.

bündnis C

Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX